

DIE ENTWICKLUNG DES WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITISCHEN DENKENS BEI ALFRED WEBER *

1. Generelle Charakterisierung

In erster grober Annäherung lassen sich die wirtschafts- und sozialpolitischen Schriften von Alfred Weber (1868-1958), der die längste Zeit seines Lebens an der Universität Heidelberg (seit 1907 bis zu seinem Tode) gewirkt hat, in vier zeitliche und fünf thematische Gruppen einteilen, die sich allerdings nicht nur teilweise eng untereinander berühren, sondern gelegentlich sogar direkt überschneiden. Gleichwohl ist es im Hinblick auf die Entwicklung des wirtschafts- und sozialpolitischen Denkens von Alfred Weber sinnvoll, eine derartige Unterscheidung und Zusammenfassung zu treffen, da sich dadurch in der Tat typische Entwicklungslinien aufzeichnen lassen.

Bei dieser „isolierten“ Darstellung des wirtschafts- und sozialpolitischen Denkens ist allerdings zu berücksichtigen, dass dieses seit etwa 1908 in zunehmendem Maße durch eine intellektuelle

* Für hilfreiche Diskussionen danke ich insbesondere Richard Bräu (Greifswald), Eberhard Demm (Lyon), Volker Kruse (Bielefeld), Heinz Markmann (Heidelberg), Harald Hagemann (Stuttgart-Hohenheim) sowie den Fellows und Kollegiat(inn)en des Erfurter Max Weber-Kollegs. - Eine frühere Version des Beitrags habe ich auf der von Eberhard Demm und Guenter C. Behrman geleiteten Tagung „Die Kultursoziologie Alfred Webers“ (Werner-Reimann-Stiftung, Bad Homburg, 3.-5.4.2000) vorgetragen.

Entwicklung überlagert wird, in der (kultur-)soziologische, universalhistorische und lebensphilosophische Fragen einen immer breiteren Raum in Forschung und Lehre einnehmen. Zwar hat Alfred Weber selbst geglaubt, mit der von ihm praktizierten „Konstellationsanalyse“ diese durchaus unterschiedlichen Perspektiven sinnvoll verbinden zu können, so dass eine ganzheitlich-synthetische Betrachtung möglich und fruchtbar wird, jedoch ist dieser innere und von Alfred Weber gegen Ende seines Lebens auch nach außen formulierte Anspruch für den Außenstehenden, der eben nicht „in richtiger synoptischer Weise“ (Weber 1949) Konstellationsanalyse zu betreiben vermag, nur schwer nachvollziehbar. Dies gilt insbesondere für die Zusammenführung von wirtschaftstheoretischen und wirtschaftspolitischen Betrachtungen mit den umfassenden kulturphilosophischen, universalhistorischen und lebensphilosophischen Interessen, die seine Lehr- und Forschungstätigkeit, aber auch seine persönliche Existenz in der zweiten Hälfte seines Lebens, von Ausnahmen abgesehen, stärker prägen als seine Herkunftswissenschaft, die Nationalökonomie.

Wenn wir versuchen, Alfred Webers Denkentwicklung im Bereich von Wirtschafts- und Sozialpolitik zu charakterisieren, so können wir, wie gesagt, in erster Annäherung insgesamt fünf wesentliche inhaltliche „Themenblöcke“ in vier Zeitphasen unterscheiden:

1. die Dissertation und die zur kumulativen Habilitation eingereichten Aufsätze über Hausindustrie, insbesondere in der Konfektionsindustrie, und über gesetzlichen Arbeiterschutz (1897-1901),
2. transport- und standortökonomische sowie handels- und zollpolitische Beiträge im Umfeld der „Industriellen Standortlehre“ (1901-1914),
3. wirtschafts- und sozialpolitische Beiträge zu Fragen der Kartellpolitik, der Gewerkschaften, der Arbeitslosigkeit, des Arbeiterschicksals u.ä. im gleichen Zeitraum,
4. wirtschafts- und sozialpolitische Beiträge (1918-1932), in der Regel zu tagespolitischen Fragen, insbesondere zum Wieder-

aufbau Deutschlands und Europas nach dem Ersten Weltkrieg und schließlich

5. wirtschafts- und sozialpolitische Beiträge (1945-1958), vor allem zu tagespolitischen Fragen des Aufbaus einer demokratisch und wirtschaftlich stabilen Nachkriegsordnung in Deutschland und Europa.

Einen wichtigen Wendepunkt in Alfred Webers Denken im Jahre 1913 werden wir anhand seines Artikels „Neuorientierung in der Sozialpolitik?“ kennen lernen. In diesem Aufsatz werden die Neuorientierung in seinem Denken in Richtung auf eine umfassende kultur- und lebensphilosophische sowie universalhistorische Betrachtungsweise und deren Konsequenzen für die Behandlung wirtschafts- und sozialpolitischer Fragen deutlich.¹ Zunächst aber zu den einzelnen zeitlichen und thematischen Abschnitten in der Entwicklung von Alfred Webers wirtschafts- und sozialpolitischem Denken.

2. Die Perioden im Einzelnen

2.1 Die Promotions- und Habilitationsphase (1897-1901)

Die erste Phase von Alfred Webers Forschungen ist eindeutig durch seinen Doktor- und Habilitationsvater Gustav (von) Schmoller bestimmt, der seine Dissertation „Hausindustrielle Gesetzgebung und Sweating-System in der Konfektionsindus-

¹ Zwei weitere wichtige programmatische Texte aus dieser Zeit sind die Vorlesung „Kulturprobleme im Zeitalter des Kapitalismus“ (1911/12) und die Programm- und Streitschrift „Religion und Kultur“ (1912a), beide wieder abgedruckt in AWG 8.

trie“ (1897) betreut und mit weiteren Schriften im Themenkreis Hausindustrie und Arbeiterschutz bis 1901 auch die (kumulative) Habilitation Alfred Webers vorbereitet und unterstützt hat. In engem Bezug zur erwähnten Dissertation sind die Aufsätze „Das Sweatingsystem in der Konfektion und die Vorschläge der Kommission für Arbeiterstatistik“ (1897a), die im gleichen Jahr erschienene Literaturübersicht „Neuere Schriften über die Konfektionsindustrie“ (1897b) und der Beitrag „Beschränkung der Heimarbeit in der Konfektionsindustrie“ (1899) zu sehen. Da gerade dieser Bereich durch ein großes Angebot weiblicher Arbeitskräfte und durch ein bedeutendes Ausmaß an Heimarbeit geprägt ist, sind die Arbeitsbedingungen und der gesetzliche Schutz menschlicher Arbeitskraft verwandte und naheliegende Themen, denen sich Weber nicht nur in einem Artikel über den Arbeiterschutz in der Konfektionsindustrie (1899a) zuwendet, sondern auch in der minutiösen Darstellung über „Die Entwicklung der deutschen Arbeiterschutzgesetzgebung seit 1890“ (Weber 1897c); ein Kommentar zu dem letztgenannten Aufsatz durch den katholischen Sozialpolitiker Franz Hitze veranlasst Alfred Weber zu einer „Erwiderung“ (1898), in der er zwar eine weitgehende Übereinstimmung zwischen dem sozialpolitischen Engagement und den Vorstellungen des Vereins für Socialpolitik und jenen der katholischen Soziallehre konzediert, aber auf die zeitliche Priorität der „Kathedersozialisten“ im Verein für Socialpolitik verweist.

Wie groß das wissenschaftliche Renommee geworden ist, das sich der junge Gerichtsassessor Alfred Weber mit seinen Forschungen bereits erworben hat – trotz nicht gerade glänzender Noten in seinen 1897 bestandenen Abschlussprüfungen („cum laude“ im Promotionsverfahren, „befriedigend“ im zweiten juristischen Staatsexamen (vgl. Demm 1990, S. 32)) –, das zeigt seine bedeutende Rolle bei den einschlägigen Arbeiten des Vereins für Socialpolitik zur Hausindustrie und Heimarbeit in Deutschland und Österreich: Er wurde Anfang 1899 zusammen mit so bekannten und bereits etablierten Nationalökonomien wie Robert Zuckerkandl (Prag) in den Ausschuss des Vereins für Socialpolitik kooptiert (vgl. Boese 1939, S. 87f.), und „unter der Oberleitung von v. Philippovich“ besorgte hauptsächlich er „vier

starke Bände (84-87)“ zum Themenkreis „Hausindustrie und Heimarbeit“ (Boese 1939, S. 87). Zu dem Band über „Die Hausindustrie der Frauen in Berlin“ (Band 85 der Schriften des Vereins für Socialpolitik, Berlin 1899) schrieb er nicht nur eine Vorbemerkung, sondern auch einen grundsätzlichen einleitenden Aufsatz über „Die Entwicklungsgrundlagen der großstädtischen Frauenhausindustrie“, in dem er nicht nur die empirische Situation in Berlin zusammenfassend charakterisiert, sondern zugleich auf generelle Tendenzen in Deutschland hinweist (Weber 1899). Auf der Breslauer Tagung des Vereins vom 25. bis 27. September 1899 eröffnete „*Alfred Weber*, noch als Gerichts-assessor bezeichnet, der die einschlägigen Schriftenbände in der Hauptsache betreut hatte, [...] mit seinem Referat die Tagung, zur Ergänzung war v. *Philippovich* mit einem Korreferat eingesprungen“ (Boese 1939, S. 89).

Den markanten Abschluss dieser ersten, stark von der methodischen und inhaltlichen Orientierung des Doktor- und Habilitationsvaters Gustav (von) Schmoller geprägten Phase bildet Alfred Webers Antrittsvorlesung als Privatdozent vom 24. November 1900 in der Universität Berlin (Weber 1901) über „Die volkswirtschaftliche Aufgabe der Hausindustrie“. Schon in seinem Hauptreferat auf der Breslauer Tagung von 1899 (Weber 1900) hatte er unterschieden zwischen einer „*reinen* Hausindustrie, die den Produzenten in einer nur herabgeminderten Unternehmerstellung erhielt“ (Boese 1939, S. 89), und „eine[m] anderen Typ, bei dem das nicht oder beinahe nicht mehr zutrifft“ (ebd.). In der zweiten Gruppe konzentrierte sich Webers Interesse vor allem auf die Kategorie des *Heimarbeiters* – in der Konfektionsindustrie typischerweise Frauen –, „welch letzterer am meisten Anspruch auf das Interesse des Sozialpolitikers hatte. Der *reine* Hausindustrielle erschien *Weber* nicht gefährdet, zu seiner Erhaltung brauchte also gesetzlich nichts getan zu werden, den anderen Hausindustriellen hielt er für reif zum Verschwinden, was durch die Ausdehnung des Fabrikbetriebes auch früher oder später herbeigeführt werden würde“ (Boese 1939, S. 89). Aber Weber setzt nicht nur auf die naturwüchsige kapitalistische Entwicklung. Zwar wendet er sich gegen ein generelles Verbot der Hausindustrie, weil ein solches, wenn es denn überhaupt

eingehalten würde, viele Menschen jeglicher Arbeitsmöglichkeit berauben würde; er befürwortet jedoch durchaus auch eine restriktive Reglementierung der Arbeitserlaubnisse in der Hausindustrie, obwohl er das Problem der Umgehungsmöglichkeiten mit Einverständnis der Betroffenen selbst sieht, wie seine Kritik am Vorschlag eines sonntäglichen Arbeitsverbots oder einer gesetzlichen Begrenzung der Arbeitszeit zeigt (Weber 1897a, 1899).

Am Ende seiner Antrittsvorlesung weist Weber aber noch auf einen dritten Weg hin, der seinen Übergang in eine neue Schaffensphase ankündigt, in der Fragen der Standort- und der Transportökonomie sowie des internationalen Handels eine zentrale Rolle spielen werden. Er zieht nämlich aus seiner Analyse nicht nur den Schluss, dass „für diese sich immer gleichbleibende Masse schlechter und einfacher Ware, die zu den untersten Schichten des Volkes strömt und deren Herstellung heute die eigentliche Aufgabe der Hausindustrie ist,“ keine „von den oberen Zehntausend ausgehende Mode-, Saison- und Luxusbedarfskonjunktur [...] existiert“ (Weber 1901, S. 403), sondern er gelangt auch zu einer zweiten Folgerung: „Das Andere ist, daß diese so umschriebene Aufgabe der heutigen Hausindustrie sich für Deutschland auf die Dauer verflüchtigt. Für die Herstellung minderwertiger und ganz einfacher Waren gibt im Konkurrenzkampf der Völker die absolute Billigkeit der menschlichen Arbeitskräfte den Ausschlag, wenigstens solange sie hausindustriell hergestellt werden und der Hauptbetrag der Produktionskosten also der Lohn ist. Qualifizierte Arbeit, bei der eine Steigung des Lohnes durch höhere Leistung sich ausgleicht, ist ja hier nicht von Nöten. In der absoluten Billigkeit menschlicher Arbeit aber sind uns die allmählich hinter uns in den Konkurrenzkämpfe eintretenden ‚neuen‘ Völker in jedem Fall überlegen. Alle auf dieser Billigkeit beruhenden Industrien sind daher in diesem Kampf für uns verlorene Posten. Sie werden, soweit sie Ausfuhrindustrien sind, einfach verschwinden, und wir werden sie auch für den inneren Markt gegen zehnmal so billige Arbeitskräfte wie die der Chinesen durch keinen Zollschutz zu halten vermögen.“

Alfred Weber (1901, S. 404) kommt nun zu einem überraschenden Ausblick. Er analysiert nämlich richtig die eher ökonomisch als sozial bedingte Immobilität der Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter als zentrales Entwicklungshemmnis, das die Fortdauer dieser nicht nur aus Webers Sicht erbärmlichen Heimindustrie begünstigt: „Es müssen Gründe vorliegen, die gewisse Kategorien von Arbeitskräften verhindern, sich zu den Industrien mit hohen Sätzen zu wenden, und auf diesen Gründen beruht offenbar der Weiterbestand unserer Hausindustrie.“ Diese Gründe sind aber nicht primär Familienpflichten verheirateter Frauen und von Müttern mit Kindern, die diese an ihre Wohnung fesseln, denn diese Voraussetzung gilt nur für einen kleinen Bruchteil der 400 000 offiziell nachgewiesenen Hausindustriellen: „Das Verbleiben der ganzen Massen der heutigen Personen in der schlecht gelohnten Hausindustrie hat andere Gründe. Es findet seine Erklärung in der Tatsache, daß wir in Deutschland bevölkerungsreiche Bezirke besitzen, von denen die Fabrik- und Werkstättenindustrie zur Zeit noch sozusagen ausgesperrt ist. Diese Bezirke sind die Großstädte und die Gebirge. Die Großstädte sind ihr versperrt durch die abnorme Höhe der Preise des Bodens und die daraus folgende Höhe der Mieten. Hier können als Fabrikindustrien nur Gewerbe gedeihen, bei denen der ungewöhnlich hohe Wert ihrer Produkte die Höhe der Generalkosten relativ gleichgültig macht. Die Gebirge aber sind den Fabrik- und Werkstättenbetrieben versperrt durch die Schwierigkeit des Transports der für die Mehrzahl von ihnen notwendigen Kohle, in beiden Bezirken schaltet daher, es läßt sich das an der Hand der Statistik beweisen, heute die Hausindustrie“ (Weber 1901, S. 404f.). So kommt Weber aufgrund seiner eingehenden Beschäftigung mit der Heimarbeit zu einem überraschenden „Wundermittel“ gegen den weiteren entwicklungshemmenden Fortbestand der Hausindustrie, mit dessen Offenbarung er seine Antrittsvorlesung nahezu emphatisch beschließt: „Es gibt nun aber gegen deren weitere konkurrenzlose Vorherrschaft vor allem *ein* großes, wirtschaftspolitisches Mittel. Bauen wir Bahnen in jedes Gebirgstal! Mit der ersten Lokomotive, die Kohlen hinaufbringt, bringen wir, das zeigt die Entwicklung, die wir in Thüringen und neuerdings auch in Schlesien erleben, die Fabrikindustrie mit hinauf. Und bauen wir Kleinbahnen aus jedem Aus-

gang der Großstadt hinaus! In den Vororten, die sich daraus entwickeln, haben wir Platz für Fabrik- und Werkstättenentwicklung in Menge. Und in der Großstadt selbst senken wir dadurch die Mieten. Wir werden die Hausindustrie so zwar nicht vernichten, aber wir werden ihr das Wasser abgraben und sie in dem Maße zurückführen, daß sie die Zukunft einer späteren Generation nicht mehr bedroht“ (Weber 1901, S. 405).

2.2 Schriften zur Standort- und Transportökonomie sowie zur Handels- und Zollpolitik

2.2.1 Beiträge zur Handels- und Zollpolitik

Damit ist das zweite Forschungsgebiet Alfred Webers angezeigt, in dem er vor allem mit seiner Monographie „Ueber den Standort der Industrien. Erster Teil: Reine Theorie des Standorts“ (Weber 1909) zu einem der Begründer der Industriellen Standortlehre wird, die ihn auch international bekannt macht; so erscheinen 1926 eine russische und 1929 eine englische Übersetzung seines standorttheoretischen Hauptwerks. Die Hinwendung zum Bereich Standort- und Transportökonomie sowie internationaler Handel ist aber nicht nur als systematische Konsequenz aus seiner Analyse der Hausindustrie zu deuten, sie hat zugleich eine lebensgeschichtliche Komponente: Seine umfangreichen Arbeiten zur Heimindustrie, einerseits als Autor entsprechender Aufsätze im Rahmen des kumulativen Habilitationsverfahrens, andererseits als Hauptverantwortlicher bei den einschlägigen Untersuchungen des Vereins für Socialpolitik, haben ihn derart erschöpft, dass er Erholung in einem Sanatorium und sodann durch eine Karibikreise im Frühjahr 1900 suchen muss (vgl. Demm 1990, S. 27). Die Eindrücke dieser Reise werden, mit ergänzender Literaturarbeit angereichert, in seinem Beitrag „Zur wirtschaftlichen Lage in den tropisch-amerikanischen Staaten“ (Weber 1901a) verarbeitet, in dem er sich insbesondere mit dem Phänomen des westeuropäisch-nordamerikanischen Imperialismus und den Entwicklungsblockaden in den tropisch-amerika-

nischen Staaten befasst, die diesen Imperialismus einerseits ermöglichen; andererseits werden solche Entwicklungsblockaden durch diesen Imperialismus aber auch verfestigt und sogar teilweise mit herbeigeführt.

Auffällig ist hier, dass Alfred Weber, der sein Leben lang ein entschiedener Gegner des Antisemitismus war und sogar 1935 in seiner „Kulturgeschichte als Kultursoziologie“ von einer jüdischen „Hochkultur“ zu sprechen wagt – es findet sich daher zu diesem Zeitpunkt auch kein deutscher, sondern nur ein niederländischer Verleger für Webers kultursoziologisches Hauptwerk –, in diesem Aufsatz relativ ungeniert im Geiste der zeitgenössischen Rassenideologie die Rückständigkeit und mangelnde Initiative der dortigen Bevölkerung nicht nur aus ihrer kolonialen Vergangenheit, sondern auch mit Hilfe einer unterstellten Qualitätsminderung durch „Rassenmischung“ erklärt: „Eine Mischrasse, die in der Mehrzahl ihrer Mitglieder nur mit einer geringen Dosis europäischen Blutes durchsetzt ist, kann einen wirtschaftlich wesentlich brauchbareren Typus, als ihn der vom Indianer oder Neger darstellt, nicht bieten. Nur eine solche Mischrasse aber vermochte die numerisch so schwache weiße Bevölkerung hier zu schaffen“ (1901a, S. 221f.). Natürlich könnte man heute Webers keineswegs aus der Luft gegriffenen Beobachtungen über das Verhalten der Menschen in diesen „tropisch-amerikanischen Staaten“ weniger angreifbar mit „kulturellen Prägungen“ dieser Menschen erklären² und damit ohne Rassenideologie zu einem ähnlichen Schluss wie der Gelehrte kommen.³ Dieser plädiert nämlich für eine massenhafte europäische Einwanderung in diese Länder, wenn auch „nur auf Grund politischer Ver-

² Für diesen Hinweis danke ich Hans Albert (Mannheim/Heidelberg).

³ Man muss dabei allerdings berücksichtigen, dass „rassentheoretisches“ Argumentieren um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert allgemein – und keineswegs nur in Deutschland – verbreitet war. Auffällig ist aber gleichwohl eine gewisse Naivität Webers im Umgang mit „Rassekonzepten“; solche finden sich sogar in dem als regimekritisch empfundenen Hauptwerk „Kulturgeschichte als Kultursoziologie“ (1935), und das hat in jüngster Zeit Hans-Ulrich Wehler (2000, bes. S. 274-288) zu der Bemerkung veranlasst, Webers „Rückgriff auf längst fatal belastete Ausdrücke (die ‚völkische Anlagequalität‘ der Russen; die ‚Rassenparole der Gelben‘)“ baue „derart hohe Barrieren auf, daß der Leser schon sehr guten Willens sein muß, um sie immer wieder zu überwinden“.

einbarung“, aber mit „vollem Schutz der Regierungen“ (ebd., S. 237) – obwohl er einen möglichen Konflikt mit den USA „auf Grund der famosen Monroe-Doktrin“ (ebd., S. 236) durchaus sieht. Später hat er sich allerdings von diesen Überlegungen weitgehend distanziert und bereits im folgenden Jahr in seinem Redebeitrag über Wirkung und Ziele der Handelspolitik vor dem Verein für Socialpolitik 1901 in München erklärt, es sei wohl niemand im Saal, der sich die Absorption des deutschen Bevölkerungszuwachses von 800 bis 900 000 Menschen jährlich durch „Kolonisation außerhalb [...] in dem Umfange vorstellen [könne], daß wir sagen könnten, wir wissen, wo wir den Überschuß unserer Geburten hinzusetzen haben“ (Weber 1902, S. 293).

Die umfassendste Auseinandersetzung mit dem Phänomen des „Imperialismus“ findet sich in Webers (1904) Aufsatz „Deutschland und der wirtschaftliche Imperialismus“, in dem er sich mit einer in dieser Zeit gerade unter deutschen Nationalökonomien und Politikern vielfach diskutierten Frage auseinandersetzt, inwieweit nämlich der gegen Deutschland gerichtete Protektionismus Nordamerikas und europäischer Kolonialmächte eine Gefahr für die Versorgung der deutschen Wirtschaft mit Rohstoffen und für den Export deutscher Waren darstelle. Weber teilt zwar viele der vorgetragenen Besorgnisse („Ich bin sehr weit entfernt, zu raten, vor den Restriktionsgefahren der Entwicklung, die in so etwas liegen, die Augen zu schließen“ (S. 323)), weist aber darauf hin, dass selbst im Falle einer „völligen zollpolitischen ‚Verkapselung‘“ fremder Gebiete, die Deutschland zur „dienenden Nation“ macht, die Lage gleichwohl nicht aussichtslos ist: „Aber – das für unsere internationalen Gegner – wir werden auch dann ein wirtschaftlich fortschreitendes Volk sein. Denn auch keine ‚Verkapselung‘ von Weltgebieten kann die Zunahme unseres Exports dauernd hindern. Auch die in ihr liegende gegenwärtige Restriktion unseres Exports hat ihre ‚inneren‘ Grenzen, ganz ebenso wie die oben betrachtete durch nationale Hochzölle, da auch sie nur durch Entwicklungshinderungen der betreffenden Gebiete hindurchgeht“ (1904, S. 323).

Insgesamt vertritt Alfred Weber in den handelspolitischen Aufsätzen und Diskussionsbeiträgen jener Jahre die Position eines

„gemäßigten Freihandels“, in dem Differentialzölle, z.B. zur Abwehr fremder Benachteiligungen, durchaus erlaubt sein sollen, in dem aber insgesamt doch die Vorteile internationaler Arbeitsteilung im Wesentlichen realisiert werden sollen, und zwar vor allem deswegen, weil nach seiner Einschätzung Deutschland als starkes Exportland (aber natürlich auch als Abnehmer vieler im Inland nicht vorhandener Rohstoffe) vom internationalen Handel besonders profitieren wird. Er macht sich in seinem Wiener Vortrag von 1902 „Die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen Deutschlands und Österreichs“ (Weber 1902a) für eine Zollunion zwischen Deutschland und Österreich stark. Interessanterweise ist der Gedanke einer mehr oder minder weit gefassten kontinentaleuropäischen Zollunion als Gegengewicht zu England und Russland im Verein für Socialpolitik insgesamt recht populär, und er wird von verschiedenen bedeutenden Mitgliedern in unterschiedlichen Ausformungen vertreten (vgl. Demm 1990, S. 43). Grundsätzlich jedenfalls steht Alfred Weber solchen Bestrebungen positiv gegenüber. Von hier aus ergeben sich auch Bezüge zu seinen späteren politischen Aktivitäten während des Ersten Weltkriegs im Zusammenhang mit dem Konzept eines von Deutschland dominierten „Mitteleuropa“ (vgl. Demm 1990, bes. S. 166-168) sowie zu seinen Vorschlägen für eine europäische Zollunion (Weber 1925).

Schriften zur Industriellen Standortlehre

Alfred Webers (1909/1922) bereits erwähnte Monographie zur Industriellen Standortlehre, in Prag konzipiert und begonnen und 1908 in Heidelberg fertiggestellt, bedürfte einer eigenständigen Behandlung; sie kann an dieser Stelle nur ganz kurz und unvollständig charakterisiert werden: Zum einen ist sie die einzige monographische Darstellung des Gelehrten, die sich im engeren Sinn mit einer ökonomisch-theoretischen Fragestellung befasst, nämlich der Analyse der Regeln, die in jeder Wirtschaftsform das „Irgendwo“ der ökonomischen Prozesse bestimmen.⁴ Damit behandelt Alfred Weber eine, wie wir heute sagen würden, „allokationstheoretische“ Fragestellung, denn er versucht, die räumliche Anordnung und Zentralisation ökonomischer Aktivitäten zunächst einmal unabhängig von konkreten Wirtschaftssystemen zu erfassen, und zwar auf der Grundlage *physischer Größen*, wie Distanzen oder Gewichte. In seinem Vorwort zur ersten Auflage setzt er sich explizit von Schmoller und der Jüngeren Historischen Schule ab, wenn er sich, in der Manier eines österreichischen Professors (tatsächlich war er zum Zeitpunkt der Publikation schon von Prag nach Heidelberg, also zurück ins „Reich“, gewechselt) ohne explizite Namensnennung recht unverhohlen über sie lustig macht: „Er [der erste Teil] bringt Theorie; nicht bloß dies, er enthält sogar ganz ausschließlich ‚reine‘ Theorie, d.h. von jeder näheren Wirklichkeitsgestaltung absehende; und er traktiert sie zudem mathematisch – doppeltes Verbrechen, das ich schwer empfinde. Denn wenn auch theoretisches Arbeiten heute wieder in Deutschland in Aufnahme kommt, so doch im Ganzen nicht so abstraktes, wie es hier getrieben wird. Die eigentlich strenge Abstraktion ist – bei den Reichsdeutschen wenigstens – doch auch heute noch ‚tabu‘“

⁴ Alfred Weber (1909/1922, S. 1) formuliert es folgendermaßen: „In jeder Wirtschaftsform und auf jeder Stufe der technischen und ökonomischen Evolution muß es für Produktion, Zirkulation, Konsumption nicht bloß ein ‚Irgendwie‘, sondern auch ein ‚Irgendwo‘ des Vorsichgehens geben, die nicht nur das erstere, sondern auch das letztere bestimmen.“

(1909/1922, S. III). Er betrachtet sie als jene Form der Theorie, „die die Abstraktion auf die Spitze treibt. Sie ist sogar – leider, kann man sagen – fast überall der notwendige Ausgangspunkt für eine leidlich fundierte endliche gedankliche Umspannung der ganzen Mannigfaltigkeit des Lebens“ (ebd.).

Tatsächlich stellt die „Reine Theorie des Standorts“ auch in anderer Hinsicht eine bemerkenswerte Ausnahme in Alfred Webers Lebenswerk dar: Sie wendet sich nicht nur deutlich und explizit gegen die historisch-empirische Methodologie der Jünger der Historischen Schule (und vor allem von Schmollers), sondern sie findet auch so gut wie keine Entsprechung im späteren Werk Alfred Webers. Insbesondere hat Weber sein bis zu Beginn der 20er Jahre immer wieder erneuertes Versprechen, in einem zweiten Band eine „realistische“ Theorie – unter Einschluss institutioneller und empirischer Gegebenheiten – zu liefern, nie eingelöst, obwohl ihm dafür nach Fertigstellung seines Hauptwerks noch nahezu 50 Jahre produktiver wissenschaftlicher Tätigkeit blieben. Zwar wäre es falsch zu sagen, dass er das wissenschaftliche Projekt einer theoretisch begründeten und empirisch gesättigten Standorttheorie völlig aufgegeben und sich ganz von der Fragestellung verabschiedet hatte – immer wieder tauchen „aus gegebenem Anlass“ standort- und transportökonomische Fragestellungen sowie Probleme der Handels- und Zollpolitik in seinem Schrifttum auf –, aber sein Interesse verdichtet sich nicht mehr zu einer zusammenfassenden Darstellung.

Die von ihm angebotenen Substitute für den nie erschienenen Teil II, das ist schon Zeitgenossen Alfred Webers aufgefallen, blieben außerordentlich unbefriedigend, ja nachgerade enttäuschend: Eine von ihm herausgegebene Dissertationsschriftenreihe „Ueber den Standort der Industrien. Teil 2“, in der im Zeitraum 1913 bis 1931 insgesamt acht Arbeiten erschienen, kann, jedenfalls bei Anlegung strenger Maßstäbe, nicht als eine systematische Umsetzung von Webers standorttheoretischen Prinzipien betrachtet werden. Eine bedeutende Ausnahme stellt hier allerdings Heft 1, die Dissertation von Otto Schlier *Der deutsche Industriekörper seit 1860* (Tübingen 1922), dar, die nicht zufällig auch der russischen Übersetzung von Webers theoretischem

Werk als Anhang beigelegt wurde. Die übrigen Arbeiten behandeln meist sehr eingeschränkte sektorale und regionale Aspekte, und die Lektüre einiger dieser Dissertationen, die im Durchschnitt einen Umfang von etwa 50 Seiten haben, erweckt gelegentlich den Eindruck, dass die Bezugnahme der Autoren auf Webers Standortlehre eher den Charakter einer promotionsbedingten Pflichtübung als einer systematischen Anwendung seiner Theorie auf empirische Probleme aufweist.

Das andere Substitut, der Beitrag „Industrielle Standortlehre (Allgemeine und kapitalistische Theorie des Standortes)“ zu dem von Gothein und anderen herausgegebenen „Grundriss der Sozialökonomik“ (Weber 1914/1923) fasst zwar die allgemeine Theorie des Standortes – in der Sprache von Webers Monographie: die reine Theorie des Standorts – anschaulich zusammen, ist aber im Hinblick auf die „kapitalistische Theorie“ mit einem Umfang von 12 Seiten und einer eher assoziativen als logisch zwingenden Argumentation sicherlich nicht geeignet, einen auch nur halbwegs systematischen Aufriss des nie vollendeten 2. Teils von Webers Standortlehre zu liefern. Wenn also Weber (1922a, S. VIII) im „Vorwort“ zur Dissertation von Otto Schlier schreibt: „Konzeption und wesentlicher Inhalt sind seit langem fertig. Ein vorläufiger allgemeiner Umriss ist im Grundriss der Sozialökonomik Bd. VI ‚Industrielle Standortslehre‘ unter dem Abschnitt ‚Kapitalistische Theorie‘ bereits gegeben“, so muss dies als Euphemismus gewertet werden. Franz Vasoldt (1937, S. 118) bezeichnet den entsprechenden Abschnitt aus Webers Beitrag zum *Grundriss der Sozialökonomik* zutreffend als einen „vorläufig kurzen Abriß einer angekündigten Theorie“ und stellt fest, „daß das, was Weber hier entwickelt, nicht hält, was er versprochen hat“.

Für Webers dramatisch nachlassendes Interesse an dem von ihm mitbegründeten Fachgebiet gibt es mehrere Gründe; einer davon hat mit immanenten Schwierigkeiten von Webers Theorie selbst zu tun, auf die der Berliner Nationalökonom Ladislaus von Borkiewicz (1910) in seinem Besprechungsaufsatz im *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* hingewiesen hatte: Die angestrebte naturale Betrachtung ohne Transportkosten und Preise kann Weber letztlich nicht durchhalten, wenn er z.B.

Distanzen je nach dem Grade der Schwierigkeit ihrer Überwindung gewichtet, und das von Weber entwickelte „Standortsdreieck“ ist in komplexeren Situationen kein so universal anwendbares Analyseinstrument, wie der Mitbegründer der industriellen Standortlehre selbst glaubte. Auf v. Bortkiewicz' Hinweis, dass dieses „Standortsdreieck“ bereits lange zuvor von Wilhelm Launhardt (1882, 1887) abgeleitet worden war, äußert sich Weber im Vorwort zur zweiten Auflage dahingehend, dass eine „Einfügung dieser mathematischen Konstruktionen in den Text und eine Auseinandersetzung mit ihnen [...] tatsächlich mehr in das Gebiet des Mathematikers als das des Nationalökonomen fallen“ würde (Weber 1922, S. V) – und das ist deswegen ausgesprochen kurios, weil ja der mathematische Anhang von Georg Pick zu Webers Monographie im Wesentlichen ähnliche mathematisch-geometrische Konstruktionen, wenn auch mit anderer Variablenbezeichnung, enthielt, worauf Bortkiewicz in seinem Besprechungsaufsatz auch hingewiesen hatte. Diese Formeln brauchten also gar nicht mehr eingefügt zu werden, sie waren der Sache nach bereits in dem Buch enthalten. Dieser laxer Umgang mit dem wissenschaftlichen Hinweis eines Kollegen belegt vielleicht deutlicher als manches andere, dass Alfred Webers Interesse in den Jahren seit 1908 einen neuen Schwerpunkt gefunden hatte.

Unter den standort- und transportökonomischen Aufsätzen Alfred Webers in der Periode vor dem Ersten Weltkrieg verdient vor allem der Beitrag „Die Standortlehre und die Handelspolitik“ (1911) besondere Beachtung, denn er enthält neben einer Zusammenfassung der wesentlichen Gedanken seines Hauptwerks auch einige wirtschaftspolitische Anwendungen, insbesondere für die deutsche Handelspolitik. Von theoretischem Interesse ist dabei vor allem Webers Vergleich der traditionellen Freihandelslehre mit seiner Standorttheorie sowie seine Analyse der Wirkung von Schutzzöllen auf Standortverschiebungen.⁵ Hier zeigt sich der enge Zusammenhang zwischen Webers

⁵ Zur Charakterisierung von Webers *Reine Theorie des Standorts* vgl. die Einleitung von Hans G. Nutzinger zu AWG 6, insbesondere Abschnitt 2 (S. 12-19).

Standortlehre und seiner Analyse internationaler Wirtschaftsbeziehungen.

2.3 Andere wirtschafts- und sozialpolitische Beiträge (1901-1914)

Zeitlich überschneidend und auch mit immer wieder aufscheinenden Berührungspunkten zu den standort- und transportökonomischen Arbeiten sowie zu Webers handels- und zollpolitischen Überlegungen erscheint eine Reihe von Aufsätzen zu anderen wirtschafts- und insbesondere sozialpolitischen Problemen, die meist einen mehr oder minder ausgeprägten Bezug zu tagespolitischen Fragen aufweisen.

In einem Vortrag vor dem Berliner Frauenverein am 14. März 1902 befasst sich Weber (1902b, S. 449) „in erleichternder Vereinfachung“, für die er sich bei den Leserinnen der Zeitschrift *Die Frau* von vornherein entschuldigt, mit den beiden im Titel angesprochenen Phänomenen, also der Arbeitslosigkeit und den Krisen. Als Krisenursachen werden einmal die „Unterkonsumption der breiten Bevölkerungsmassen“ (S. 451) aufgrund niedriger Löhne und zum anderen ein „Organisationsmangel“ (ebd.) infolge der zunehmenden sektoralen Gliederung moderner Volkswirtschaften auf verschiedene Produktionsstufen erörtert, die dazu führten, dass die Abstimmung zwischen Angebot und Nachfrage in den zwischengelagerten Bereichen immer schwieriger werde. Für „Arbeitslosigkeit aus Stellenwechsel“ (1902b, S. 551) – wir würden heute von „Sucharbeitslosigkeit“ sprechen – empfiehlt er eine „Verbesserung der Arbeitsnachweise“ (S. 552). Im Hinblick auf die „Dauerarbeitslosen“ – Weber spricht von „chronischer Arbeitslosigkeit“ – wendet er sich gegen eine „generelle Zwangsversicherung“, denn sie würde „bedeuten, daß man dem vierten Stand die Erhaltung des fünften aufbürdet“. Hier sieht Weber nur begrenzte Möglichkeiten „durch eine weitherzigere Praxis der Invalidenversicherung und eine Herabsetzung der Altersgrenze“, vor allem jedoch „das spezifische Kontingent der Privatwohltätigkeit“ (ebd.). Für den Fall der Saisonarbeitslosigkeit empfiehlt Weber Staatszuschüsse für

diejenigen Gewerkschaften, die entsprechende Leistungen für ihre Mitglieder aufbringen, und individuelle Zuschüsse für Arbeiter außerhalb des Gewerkschaftssystems, die sich durch eigenes Sparen Rücklagen für Zeiten saisonaler Arbeitslosigkeit schaffen. Die Möglichkeiten des „Trittbrettfahrens“ zu Lasten der Solidargemeinschaft sieht er in beiden Fällen als unbeachtlich an. Versuche, die Krisenarbeitslosigkeit ursächlich anzugehen, hält er für wenig aussichtsreich; dagegen setzt er, ausgehend von den Erfahrungen der 90er Jahre, auf eine veränderte Entlassungspraxis „nach der Richtung der Nichtentlassung“ (1902b, S. 554), und zwar durch den Druck der öffentlichen Meinung und vor allem der Gewerkschaften.

Bereits hier, wie auch in späteren Beiträgen (so seinem Referat und Schlusswort sowie in den von ihm formulierten Forderungen der Kartellpolitik in den Verhandlungen des Nationalsozialen Vereins zu Hannover vom 2. bis 5.10.1902 und auch in seinen Redebeiträgen zu den Generalversammlungen des Vereins für Socialpolitik in Hamburg (1903) und Mannheim (1905)) wird eine ausgesprochen kartellkritische Haltung deutlich, wobei *eine* Hoffnung Webers auf die Verringerung der Kartellmacht in der Belebung des Wettbewerbs aufgrund verbesserter Transportmöglichkeiten und verringerter Zölle besteht; dagegen hält er eine „Repressivpolitik gegen sie [für] unmöglich“ (Weber 1903, S.68). Zugleich fordert er als Gegengewicht gegen die „außerordentliche Verstärkung der Übermacht des Kapitals“ durch die Kartellierung „die endliche rechtliche Anerkennung der Arbeiterorganisationen und die Beseitigung aller Schranken der Koalitionsfreiheit“ (S. 69). Der Gegenmachtgedanke findet sich auch im Vorschlag „einer Klausel in die Handelsverträge, die die *Erhebung eines Zollzuschlags* auf Artikel ermöglicht, welche fremde Kartelle, Trusts oder ähnliche Organisationen mit Hilfe von Exportprämien exportieren“ (ebd.). Andere von Alfred Weber in mündlichen Vorträgen behandelte Gegenstände beziehen sich auf den Widerstand der Agrarier gegen eine Reichsfinanzreform, die sie fiskalisch und politisch belasten könnte (Weber 1909), und auf „Die wirtschaftlichen Unternehmungen der Gemeinden“ (Weber 1910), wo er den Gedanken der Staatsbürokratie und der „Staatsmetaphysik“, die er in seinem berühmten

Essay „Der Beamte“ (Weber 1910) entwickelt hatte, im Hinblick auf die Bürokratisierung kommunaler Wirtschaftsunternehmen anwendet.

Hier deutet sich eine Neuorientierung Alfred Webers an, die im Ergebnis zu einer weitgehenden Ablösung seiner wissenschaftlichen Interessen von seiner Herkunftswissenschaft, der Nationalökonomie, führen wird. Ein gemeinsam mit Heinrich Herkner und Gustav Schmoller verfasstes Vorwort zu Marie Bernays' „Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft der geschlossenen Großindustrie. Dargestellt an den Verhältnissen der ‚Gladbacher Spinnerei und Weberei‘ A.G. zu München-Gladbach im Rheinland“ sowie die darauf bezogene Diskussion über „Probleme der Arbeiterpsychologie“ zeigen ebenfalls, wenn auch weniger direkt erkennbar, eine neue Ausrichtung in Alfred Webers Denken. Zum einen belegt das „Vorwort“ zu dieser Studie die wichtige Rolle, die Alfred Weber bei der Anregung, aber auch der Durchführung der Untersuchung zukam: Auf seinen Vorschlag hin sind die Ermittlung der Ansprüche, „welche der großindustrielle Betrieb an die intellektuellen und psychischen Qualitäten der Arbeiterschaft“ stellt, und die Feststellung der Veränderungen, „welche die Persönlichkeit des Arbeiters selbst durch die Eigenart der modernen Fabrikorganisation“ erfährt (Weber 1910a, S. VII), die zentralen Untersuchungsgegenstände.

Dass es über der von Max Weber für diese Untersuchung verfassten Denkschrift „Erhebungen über Berufseignung und Berufsschicksale der Arbeiterschaft in der geschlossenen Großindustrie“ offenbar zu einem Dissens zwischen den Brüdern Max und Alfred Weber gekommen war, aufgrund dessen Alfred Weber die ursprünglich geplante Mitunterzeichnung der Denkschrift nicht vollzog, erfährt der Leser nicht; tatsächlich hat Alfred Weber sich in den folgenden Beratungen des speziellen Komitees, dem außer ihm noch Heinrich Herkner und Gustav (von) Schmoller angehörten, sowie auch in den Beschlussfassungen des zuständigen Unterausschusses und des gesamten Ausschusses nicht gegen die Verwendung der Denkschrift als „Arbeitsanweisung“ an die Mitarbeiter bei dieser Erhebung gewandt. Auch der verabschiedete „Arbeitsplan“, für den Herkner, Schmoller und Alfred Weber verantwortlich zeichnen, lässt kei-

nen Dissens dieses Komitees zu Max Weber erkennen. Allerdings gab es, wie insbesondere Schluchter (1995, S. 208-211) anhand von Briefen pointierend hervorhebt, offenbar Meinungsunterschiede zwischen den Brüdern, die sich wohl auf ein nicht näher spezifiziertes „Vererbungsproblem“ bezogen. Mit Hilfe einer „Literaturübersicht“ über „Arbeits-Psychophysik“ (im *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*) versuchte Max Weber, seinem Bruder auch „die großen (wohl unübersteiglichen) Schwierigkeiten, auf diesem Wege dem Vererbungsproblem näher zu kommen, zu demonstrieren“ (MWG II/5, S. 674f., zit. nach Schluchter 1995, S. 209). Schluchter (1995, S. 211) vermutet hier „fundamentale Differenzen“, die, wenn sie überhaupt bestanden, jedoch zumindest insoweit überbrückbar waren, als sie den Fortgang der Untersuchung und deren Publikation in keiner Weise behinderten.

Alfred Webers spezifisches Interesse an der von ihm angeregten Erhebung wird in der Diskussion zu Marie Bernays' Studie auf der Nürnberger Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik 1910 deutlich: Er möchte eine Erweiterung des Diskussionsrahmens dahingehend, „daß man hier auch über Zielsetzung[en] diskutiert, über Ideale diskutiert“. Und weiter: „Ich bin der Meinung, daß Ideale nicht vom Himmel fallen, sondern aus dem Leben herauswachsen, und daß wir auch darüber streiten können, in welchen Beziehungen sie zu anderen Lebensteilen stehen, welche allgemeine Bedeutung, welche relative Bedeutung sie haben, daß wir uns die Bedeutung der verschiedenen Zielsetzungen klar machen, und ich halte das für eine der wesentlichsten, vielleicht für die zentralste Aufgabe, die der Verein hat, derartige Zielsetzungsdiskussionen zu führen. Was ich schließlich für meine Person, da ich anders überhaupt nicht reden könnte, drittens aufrechterhalten möchte, ist beim Reden auch emotional zu arbeiten“ (Weber 1912, S. 148).

Webers eigentliches Interesse an der Erhebung liegt bei den „Lebensschicksalen“ der Arbeiter, und er verbindet seine grundsätzliche Zustimmung zu dem Hauptreferat seines Komiteekollegen Heinrich Herkner mit dem pointierten Hinweis, „daß eigentlich schon mit dem 40. Lebensjahre das Wirken des Industriearbeiters in seinem Berufe zu Ende sei“ (Boese 1939, S. 143).

Für ihn ist die rhetorische Frage: „[S]ollen wir den Arbeitern vor allem Lebenssicherung schaffen und sie also den Beamten annähern, oder sollen wir versuchen, das Wesen des Proletarierschicksals, das spezifisch Neue, was in ihm liegt, herauszuarbeiten und diesen ganzen Beruf auf der Basis von ‚Wechseln und Wagen‘ irgendwie zu etwas Inhaltlichem zu machen?“ Seine Antwort: „Wenn wir [...] versuchen, [...] das Proletarierschicksal in seiner Eigentümlichkeit zu erhalten und herauszuarbeiten, so stehen wir vor der Gefahr, die Arbeiter statt dessen bloß zu verbrauchen, sie durch den Apparat durchgehen zu lassen in immer neuen Stellungen, aber in absolut unorganischen unverbundenen Stellungen, und sie absolut nicht in das hineinführen, was für jedes kulturelle Schaffen nötig ist, in organische Beziehungen zu diesem Stück Leben, ihrem Beruf [...] Ich unterstreiche mit Nachdruck, daß es notwendig ist, in irgend einer Weise die Parallelität zwischen Lebensrhythmus und Berufsschicksal im Arbeiterleben wiederherzustellen. Nur auf diesem Wege werden wir imstande sein, in den Arbeitern die Lebenskraft – medizinisch gesprochen – überhaupt wieder psychisch gesund zu machen, sie zu einer psychischen Bejahung der Existenz zu bringen“ (Weber 1912, S. 153f.). Im Anschluss an diese auf ein umfassend verstandenes „Lebensschicksal“ bezogene Fragestellung entwickelt Alfred Weber dann die zumindest missverständliche und wenig durchdachte Idee einer Frühverrentung, „am liebsten vom 40. Jahre ab“ (S. 156), die er nach einer kritischen Diskussion dieses Gedankens durch die Zuhörer dahingehend relativiert, seine „Perspektive, dem Arbeiter schon von 40 Jahren an eine Rente zu geben“ sei auf „einen fernen Idealpunkt“ (S. 159) bezogen und nicht in kurzer Zeit erreichbar.

Der Schlüsselaufsatz zum Verständnis von Webers seit etwa 1908 einsetzender Umorientierung in Richtung auf eine umfassende Existenz- und Kulturphilosophie ist zweifellos sein Beitrag „Neuorientierung in der Sozialpolitik?“ im *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* (1913). Bevor ich mich abschließend diesem Beitrag zuwende, will ich noch kurz in wenigen Strichen das weitere wirtschafts- und sozialpolitische Denken bei Alfred Weber, vor allem nach dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg, skizzieren.

2.4 *Wirtschafts- und sozialpolitische Beiträge seit 1918*

2.4.1 *Wirtschafts- und sozialpolitische Publikationen 1918-1932*

Da sich Alfred Weber nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs sofort an die Front meldete und daran anschließend ab 6. Mai 1916 bis 1. Mai 1918 im Reichsschatzamt in Berlin in verschiedenen Funktionen tätig war (vgl. Demm 1990, S. 152-192), ist Webers ökonomische Publikationstätigkeit durch die Kriegsjahre unterbrochen. Er nimmt sie kurz vor Kriegsende mit zwei Beiträgen wieder auf, in denen er sich – nach dem Vorbild des britischen „Feindes“ – für eine stärkere, progressive Besteuerung der höheren Einkommen zur Finanzierung der Kriegslasten einsetzt (Weber 1918, 1918a); hierbei knüpft er auch an seine Vorkriegsüberlegungen (Weber 1909) an. Es folgt ein kurzer Beitrag über „Die Sozialisierung des Bergbaus“ im „Berliner Tageblatt“ vom 26. Januar 1919 (Weber 1919), in dem er zwar eine stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer im Sinne der Mitbestimmung befürwortet, sich zugleich aber gegen planwirtschaftliche Experimente ausspricht.

Auf Initiative seines Bruders Max wird Alfred Weber im Frühjahr 1920 als Vertreter der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) Mitglied der zweiten Sozialisierungskommission (bis 1923), die vom Reichswirtschaftsministerium alle möglichen Projekte zur Beratung zugewiesen bekommt, von der Verstaatlichung der Kaliindustrie und der Kohlebergwerke über die Privatisierung der Eisenbahnen bis hin zu den Reparationen (vgl. Demm 1999, S. 146). Alfred Weber besuchte die Kommissionssitzungen zwar ziemlich regelmäßig, fühlte sich dadurch aber doch auch von seiner wissenschaftlichen Arbeit abgelenkt und hielt sich in vielen Fragen zurück: Für die Kaliindustrie interessierte er sich offenbar am wenigsten, und in der Frage der Kohlebergwerke unterstützte er die von Rathenau projektierte partizipatorische oder „gemeinwirtschaftliche“ Lösung gegenüber einer von Hilferding, Kautsky und seinem Kollegen Lederer vorgeschlagenen Vollsozialisierung. Diese Einstellung entspricht bereits seiner Stellung-

nahme aus dem Jahre 1919 über „Die Sozialisierung des Bergbaus“ sowie seinem Debattenbeitrag von 1905 zur Kartellfrage (Weber 1906).

Stark, aber letztendlich erfolglos, engagierte sich Alfred Weber in der Sozialisierungskommission für eine „Devisenkontribution“ von Unternehmen bzw. Industriellen, die im Ausland Exporterlöse erzielen. Obwohl diese Stellungnahme den Vorstellungen des damaligen Reichskanzlers Joseph Wirth (Zentrum) entsprach und dessen Position unterstützte, fand Weber in der Kommission keine Mehrheit, und, noch wichtiger: die in Frage kommenden Unternehmer, wie Hugo Stinnes, lehnten derartige Ideen rundweg ab (vgl. Demm 1999, S. 148). So bleibt die von Weber (1922a) bei der Sozialisierungskommission eingereichte und von dieser auch publizierte „Zuschrift“ zur Devisenkontribution letztlich folgenlos. Im Übrigen hält sich Webers Engagement in engen Grenzen, und sein Interesse an der Kommission nimmt nach dem Scheitern seiner Vorschläge im Herbst 1921 stark ab, während er weiterhin zu den Sitzungen erscheint. Dafür spricht, dass er sich offenbar nicht ausreichend auf die Beratungen vorbereitet und sich daher mehrfach von anderen Kommissionsmitgliedern im Hinblick auf die tatsächliche wirtschaftliche Situation korrigieren lassen muss (vgl. Demm 1999, S. 151).

Dass Webers ökonomisches Interesse jetzt mehr durch tagespolitische Fragen und Notwendigkeiten bestimmt wurde, zeigt sich auch in den spärlicher werdenden wirtschafts- und sozialpolitischen Vorträgen und Publikationen aus dieser Zeit. Dabei handelt es sich vor allem um einen 1922 im „neutralen“ Basel gehaltenen Vortrag „Deutschlands finanzielle Leistungsfähigkeit jetzt und künftig“ (Weber 1922), in dem er – hierin John Maynard Keynes, auf den er sich auch bezieht, nicht unähnlich – vor überzogenen Reparationsforderungen warnt, die nicht nur Deutschland, sondern Europa und der Weltwirtschaft insgesamt schaden würden. Die starke Beeinträchtigung der deutschen Wirtschaft durch die direkten und indirekten Kriegsfolgen sind auch Gegenstand seines Vortrags in der Deutschen Gesellschaft über „Produktion, Handel und Konsum im deutschen

Wirtschaftsleben“ (Weber 1927).⁶ Ein ausführlicher Diskussionsbeitrag zu Werner Sombarts Referat „Wandlungen des Kapitalismus“ auf der Zürcher Tagung des Vereins für Socialpolitik vom 13. bis 15. September 1928 wandte sich gegen Sombarts nach Meinung Alfred Webers und anderer Debattenteilnehmer zu pessimistische Sicht des kapitalistischen Wirtschaftssystems, dem nicht nur eine Vergangenheit, sondern auch eine Zukunft zugesprochen werden müsse (Weber 1929).

Gemeinsam mit seinen Kollegen Götz Briefs (TH Berlin), Christian Eckert (Universität Köln) und seinem langjährigen sozialpolitischen Weggefährten im „Verein für Socialpolitik“, Heinrich Herkner (Universität Berlin) zeigte Weber (1930) in einer Art „Offenem Brief“ die inhaltliche Unhaltbarkeit der nationalsozialistischen Vorstellungen zur Wirtschaftspolitik anlässlich der Reichstagswahl 1930 auf, der unter dem Titel „Examensfragen an Hitler“ in der „Vossischen Zeitung“ vom 10.11.1930 erschien. Natürlich hatten sich diese Hochschullehrer mit diesem Artikel bei den Nationalsozialisten missliebig gemacht, und es ist auffällig, wie früh hier führende Vertreter der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in der Weimarer Republik gegen die damals noch vergleichsweise unbedeutenden Nationalsozialisten aufgetreten sind und wie sie dies dann später in Konflikt mit dem „Dritten Reich“ brachte⁷. Hier zeigt sich auch eine Kontinuität zu Alfred Webers „Widerstand der ersten Stunde“, als er sich, wenn

⁶ Zu Alfred Webers Einschätzung der Stärken und Schwächen der deutschen Wirtschaft gegen Ende bzw. kurz nach Ende des Ersten Weltkriegs vgl. auch das Manuskript „Die Wirtschaft Deutschlands“ [1917/18] und die Vorlesungsnachschrift „Praktische Volkswirtschaftslehre“ (Heidelberg 1919), die beide im Anhang von AWG Band 6 erstmalig publiziert sind.

⁷ Bemerkenswert ist das spätere Schicksal der vier Autoren: Während der älteste Mitautor, Herkner, bereits 1932 starb, hatten die drei übrigen Verfasser auf unterschiedliche Weise Schwierigkeiten mit den Nationalsozialisten: Briefs entzog sich der ihm drohenden Verhaftung durch die Nationalsozialisten im Sommer 1934 durch Flucht in die Vereinigten Staaten; Christian Eckert wurde 1933 – wegen angeblich „staatsfeindlichen Verhaltens“ als Gouverneur von Köln im November und Dezember 1918 – von der Kölner Universität entlassen (indes nach dem Krieg wieder rehabilitiert), und Alfred Weber wurde auf eigenen Antrag für das Sommersemester 1933 beurlaubt und danach bereits mit 65 (statt 68) Jahren vorzeitig emeritiert.

auch letztlich erfolglos, gegen eine Beflaggung der Heidelberger Universitätsgebäude mit Hakenkreuzfahnen wehrte (vgl. mit weiterführenden Literaturhinweisen Demm 1999, S. 223f.).

Der letzte wirtschaftspolitische Beitrag aus dieser Schaffensphase „Wirtschaftsfreiheit und Kapitalpolitik“ (1931) ist besonders durch die hier von Alfred Weber behandelte Frage des Zusammenwirkens privater Allokationsentscheidungen mit staatlichen Maßnahmen bei der Bereitstellung von Infrastrukturmaßnahmen, aber auch bei Steuerung und Lenkung der Wirtschaftsaktivität interessant. Er sieht realistisch die Zukunft in einem „gemischten Wirtschaftssystem“ (obgleich er diesen Ausdruck nicht verwendet) und stellt sich das Zusammenwirken privater und staatlicher Entscheidungen auf dem Wege einer klug durchgeführten „Wirtschaftsmanipulation“ vor. Hier wird wenige Jahre später der Freiburger Nationalökonom Walter Eucken in seinen beiden Hauptwerken „Grundlagen der Nationalökonomie“ (1940) und „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“ (1952) durch die Unterscheidung zwischen Ordnungs- und Prozesspolitik zu einer weitaus systematischeren Fassung des Problems kommen und damit eine wesentliche Grundlage für das nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte und praktizierte Modell der „Sozialen Marktwirtschaft“ legen.

Aber Alfred Webers Überlegungen sind durchaus in dieser langen sozialstaatlichen Tradition – wenn auch zugleich in kritischer Distanz zu ihr – zu sehen, die sich in Deutschland bereits seit Beginn des 19. Jahrhunderts als Reaktion auf den englischen Liberalismus von Adam Smith und anderen gebildet hatte und sich über die „Ältere“ sowie „Jüngere Historische Schule“ und den Verein für Socialpolitik weiterentwickelte (vgl. dazu Nutzinger/Müller 1997, bes. Abschn. B). Der Verein für Socialpolitik, der sich unter dem Druck der Nationalsozialisten am 19.12.1936 selbst aufgelöst hatte, konstituierte sich nach dem Zweiten Weltkrieg wieder neu und knüpfte damit wenigstens äußerlich an die sozialstaatliche Tradition seines Vorgängers vor und nach dem Ersten Weltkrieg an. Nicht zuletzt berief Alfred Weber nach dem Zweiten Weltkrieg einen der „Gründerväter der Sozialen Marktwirtschaft“, Alexander Rüstow, auf einen der beiden nationalökonomischen Lehrstühle an der Heidelberger Universität.

Aufgrund ihrer geisteswissenschaftlichen und kultursoziologischen Orientierung hatten Rüstow und Weber trotz unterschiedlicher politischer Ausrichtung (Letzterer war im Herbst 1945 der SPD beigetreten) durchaus zahlreiche Berührungspunkte und zeigten wechselseitigen Respekt voreinander.⁸

2.4.2 Beiträge nach dem Zweiten Weltkrieg

Noch stärker als nach dem Ersten Weltkrieg sind Alfred Webers Beiträge nach 1945, auch wenn sie sich mit Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik beschäftigen, durch tagespolitische Probleme bestimmt. Auffällig ist hier eine weitere, früher allenfalls ansatzweise erkennbare *erzieherische* Dimension in Webers Spätschriften. So tritt er in zahlreichen Vorträgen, Broschüren und in dem gemeinsam mit dem Psychoanalytiker Alexander Mitscherlich verfassten Buch *Freier Sozialismus* (Heidelberg 1946) für einen demokratischen Sozialismus ein, der in gewisser Weise an die Vorstellungen von Fritz Naphtali zur *Wirtschaftsdemokratie* (1928) anknüpft. Stärker jedoch als jener betont Alfred Weber aber die Notwendigkeit einer weiterbestehenden marktwirtschaftlichen Entscheidungskoordination, und ihm geht es, ganz anders als der von Naphtali geleiteten Kommission des ADGB, um eine weit über das Wirtschaftliche hinausreichende Entwicklung menschlicher Potentiale, die er, wie wir zum Schluss sehen werden, bereits 1913 einfordert. Die Programmatik des *Freien Sozialismus* zielt viel mehr auf den Menschen als auf die Institutionen (obwohl Weber (1946a) im gleichen Zeitraum wichtige institutionelle Änderungsvorschläge macht, so etwa zur Reform des Berufsbeamtentums). So formuliert er gemeinsam mit Mitscherlich: „Wir vertreten einen freien Sozialismus. Das will heißen: Wir erkennen die Gesamtheit und den Einzelmenschen als die beiden Seiten eines Ganzen, die sich ergänzen und die im Rahmen des Handelns freier Einzelmenschen aufeinander wirken sollen. Wir wollen in der Kollektivver-

⁸ Prof. Heinz Markmann (Heidelberg) danke ich für seine aufschlussreichen mündlichen Mitteilungen zu dieser Frage.

bundenheit und im kollektiven Handeln den Einzelmenschen als freie Persönlichkeit entfalten. Höchstentfaltung der Masse durch möglichste materielle und geistige Hebung aller Einzelmenschen und freie Persönlichkeit in der durch Menschlichkeit verbundenen Masse sind daher für uns Ziel und Grundlage des politischen Handelns. Denn alle sinnvolle politische Handlung gipfelt letztlich darin, das Niveau des Einzelmenschen, aller Einzelmenschen zu erhöhen“ (Mitscherlich/Weber 1946, S. 39).

Aber Weber bleibt nicht auf der Ebene dieser allgemeinen Programmatik – nach 1945 so wenig wie nach 1918. Er stellt sich den unmittelbaren tagespolitischen Forderungen des Zusammenbruchs und Wiederaufbaus, und das führt zu einer nochmaligen – wenn auch nur partiellen – Reorientierung des hochbetagten Gelehrten auf nationalökonomische und wirtschaftspolitische Fragestellungen. Bereits während des Zweiten Weltkriegs hatte er sich an Diskussionen zur politischen Neuorientierung nach der geplanten Beseitigung des Naziregimes beteiligt, denn über seine Schüler Carlo Mierendorff und Theo Haubach hatte er ständigen Kontakt zum „Kreisauer Kreis“ (vgl. Demm 1984). Auch Mierendorffs Aktionsprogramm vom 14. Juni 1943, das die Vorstellungen dieser Widerstandsgruppe über die künftige Staats- und Wirtschaftsform zusammenfasste, wurde vorher mit Weber besprochen.⁹ Nach dem Ende der Nazi-Diktatur wurde Alfred Weber sofort wieder reaktiviert und entwickelte eine auch auf konkrete wirtschafts- und gesellschaftspolitische Fragen bezogene umfangreiche Publikations- und Vortragstätigkeit. Auch den 1933 beendeten Vorlesungsbetrieb nahm er – allerdings meist in der Form des *Privatissimums* – wieder auf und setzte ihn bis kurz vor seinem Tode fort. Fragen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus, der Gestaltung einer demokratischen Gesellschaft, der Einheit Deutschlands und auch die Auf-

⁹ Während Mierendorff 1943 bei einem Bombenangriff ums Leben kam, wurde Theo Haubach, der sich nach dem gescheiterten Attentat vom 20. Juli 1944 nach Berlin begab, verhaftet und hingerichtet. Glücklicherweise blieb Weber von der Ende Juli 1944 einsetzenden Verfolgungs- und Vernichtungswelle des Nazi-Regimes verschont, da Theo Haubach offenbar seinen Namen bei den Verhören nicht preisgegeben hatte.

arbeitung der Erfahrungen der Nazizeit waren jetzt für ihn vorrangig. Die Handlungsabläufe des Jahres 1933, nicht zuletzt die „Fahnenaffäre“, als selbst in dem liberalen Heidelberg eine willfährige Bürokratie den Nationalsozialisten in die Hände gearbeitet (und damit in fataler Weise Webers (1910) kritische Analyse des „Beamten“ bestätigt) hatte, nahm er zum Anlass, bei der Ausarbeitung eines neuen Beamtenstatuts eine ausdrückliche Widerstandspflicht gegen verfassungsfeindliche Bestimmungen und menschenrechtswidrige Befehle vorzuschlagen (Weber 1945/1946, bes. S. 1043). Damit knüpfte er auch an die Analyse von Bürokratie, „Apparat“ und Beamtentum aus seiner Prager und frühen Heidelberger Zeit an. Mit einer Gruppe gleichgesinnter Gelehrter und Schriftsteller gründete er die Zeitschrift *Die Wandlung*, deren erster Band 1945/46 und deren letzter (vierter) Band 1949 im Verlag Lambert Schneider in Heidelberg erschien. Herausgeber war der Publizist und Politologe Dolf Sternberger, Mitherausgeber waren neben Alfred Weber der Philosoph Karl Jaspers und der Romanist Werner Kraus, für den 1948 die Dichterin und Schriftstellerin Marie-Luise von Kaschnitz eintrat.

Während sich das Herausbergremium und die Publikationen der Zeitschrift *Die Wandlung* mehr grundsätzlichen Fragen widmeten – Alfred Weber ging es dabei vor allem um die Herausbildung des verantwortlich denkenden „dritten Menschen“ –, wurden Fragen des praktischen Wiederaufbaus, wie etwa Probleme der Friedenssicherung, der Reparationen an die ehemaligen Kriegsgegner, der künftigen Verfasser und generell der Stellung Deutschlands im aufziehenden Ost-West-Konflikt von einer „Aktionsgruppe Heidelberg zur Demokratie und zum freien Sozialismus“ behandelt. Diesem mit der Gruppe um *Die Wandlung* weitgehend personengleichen Kreis gehörten auch der Sozialwissenschaftler Hans von Eckardt, ein Kollege Alfred Webers in der Fachgruppe Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Philosophischen Fakultät, der Heidelberger Psychoanalytiker Alexander Mitscherlich (Mitverfasser der bereits erwähnten Monographie *Freier Sozialismus*) sowie Carlo Schmid, späterer Vizepräsident des Deutschen Bundestages, an, nicht jedoch Karl Jaspers und Werner Kraus.

Für die Phase nach 1945 ist es außerordentlich schwierig, zwischen politischen und wirtschaftlichen Schriften Alfred Webers zu unterscheiden, da sich naturgemäß in der Situation des Zusammenbruchs und des Wiederaufbaus beide Bereiche engstens überlagerten. Webers Vorstellungen nach 1945 waren weniger durch theoretische Stringenz und Konsistenz als vielmehr durch praktische Überlegungen zum Aufbau einer sowohl funktionsfähigen als auch freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im Nachkriegsdeutschland bestimmt. Von daher erklärt sich auch die gleichzeitige Bejahung partizipatorischer Elemente – wie etwa weitgehender Mitbestimmungsrechte von Gewerkschaften und Arbeitnehmern im wirtschaftlichen Bereich – und stabilisierender und eher „antirepräsentativer“ Elemente bei der politischen Willensbildung, wie etwa Webers Eintreten für ein Mehrheitswahlrecht nach britischem Vorbild.¹⁰

In Webers Nachkriegsschriften zeigt sich, nicht nur im bereits erwähnten *Freien Sozialismus*, eine sehr enge Verbindung, ja Verquickung von politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Problemen; in der Tat schienen ihm diese Fragen nicht nur zusammenzugehören, sondern letztlich eine Einheit zu bilden. In seiner Schrift „Sozialisierung zugleich als Friedenssicherung“ (Weber 1947) wird die Frage der Sozialisierung nicht nur unter wirtschaftlichen Effizienz Gesichtspunkten betrachtet, sondern vor allem unter dem Gesichtspunkt der Begrenzung wirtschaftlicher Macht und der Sicherung „der dauernden Verwendung der Industrieanlagen für friedliche Zwecke in jedem denkbaren Zusammenhang“ (Weber 1947, S. 8). Einerseits bedeutet dies

¹⁰ Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang eine enge Affinität von Alfred Webers (1925, 1931) Zurückweisung der klassischen Demokratietheorie und seine Überlegungen zu einer „funktionalen Demokratietheorie“, die vieles von dem vorwegnimmt, was dann bei Joseph A. Schumpeter (1942; deutsch 1946/1950) mit wesentlich größerer Breiten- und Folgewirkung ausformuliert wird. Vgl. dazu Nutzinger (1996). – Auch Schumpeter (2000) zeigt in seinen Briefen eine positive Einschätzung von Alfred Weber, mit dem er, nach seinen eigenen Worten, „stets freundschaftlich auskam“ (S. 68), von dem er allerdings lediglich erwartet, dieser werde „nur gelegentlich etwas zu Stande bringen“ (S. 116). Dies kann angesichts des oftmals schroffen Urteils von Schumpeter über seine Kollegen durchaus als zumindest relatives Lob gewertet werden.

Weber zufolge, dass man „die dortige Schwerindustrie nicht nur aus den Händen der bisherigen Besitzer [nehmen muß], man muß sie überhaupt aus bloß privaten Händen nehmen“ (ebd.). Weber will damit aber keine Verstaatlichung, sondern eine wirtschaftsdemokratische Organisationsform, wenn er folgert: „Wenn die Kohleindustrie sich nicht mehr in unkontrollierten deutschen Händen befinden darf, dann auch nicht in unkontrollierten deutschen *Staatshänden*.“ Als Ausweg aus dieser Situation schlägt Weber eine „freikorporative Sozialisierung“ vor, die sich an dem Modell der Jenaer Zeiss-Stiftung orientieren soll. Im Prinzip geht es ihm, der bereits im *Freien Sozialismus* (1946, S. 77) auf diese Konstruktion hingewiesen hatte, um eine Kapitalneutralisierung, wie sein allerdings nur skizzenhaft entwickeltes „Sozialisierungsschema“ (Weber 1947, S. 15-18) zeigt.¹¹

Diese Vorschläge wurden von Alfred Weber später nicht mehr weiterverfolgt, wohl auch deswegen, weil CDU und FDP nach einem Wahlkampf unter dem Motto „Soziale Marktwirtschaft“ 1949 zusammen mit einigen anderen bürgerlichen Parteien eine, wenn auch zunächst nur knappe, Mehrheitsregierung gegen Sozialdemokraten und Kommunisten bilden konnten. Weber (1950) versäumte es allerdings nicht zu betonen, dass nach seiner Auffassung die hoch gepriesene „Soziale Marktwirtschaft“ eine Art „Mogelpackung“ darstellte: „Es war äußerlich klug, sich die Parole ‚Soziale Marktwirtschaft‘ zu eigen zu machen in dem Augenblick, in dem die deutsche frei-marktwirtschaftliche Politik, die prinzipiell nötig war, so wie sie durchgeführt wurde, sich tatsächlich der sozialen Rücksichten entledigte. Aber es war nicht sachlich [...]“ Er weist auch nach der Währungsreform auf die erheblichen sozialen Lasten hin, die gerade den einkommens-

¹¹ Die treuhänderische Verwaltung der zu bildenden Stiftungsform soll durch einen Senat des zuständigen Verwaltungsgerichtshofs, des Oberlandesgerichts oder des Staatsgerichtshofs vorgenommen werden. Durch einen vom Senat des Gerichts ernannten Sozialisierungs- oder Stiftungsbevollmächtigten soll eine Mitwirkung bei der Ernennung der Vorstandsmitglieder und eine Kontrolle der laufenden Geschäfte erfolgen. Durch einen „Produktionsausschuss“, dem bedeutende Mitwirkungs- und Kontrollrechte, vor allem im Fall von Entlassungen, zustehen, will Weber den Arbeitern und Angestellten weitgehende Mitbestimmung einräumen.

schwächeren Bevölkerungsschichten durch inflationäre Entwicklungen im Gefolge der Preisfreigabe des Jahres 1948 aufgebürdet worden waren. Insbesondere fordert er, wie auch in seinem Artikel „Sozialistische Marktwirtschaft“ (Weber 1950a, bes. S. 11-13), eine demokratische Kontrolle der Investitionen. Die Begründung dafür ist aber nicht ökonomischer, sondern politischer Natur. Ihm zufolge findet bereits eine Steuerung der Investitionen statt, allerdings eine unkontrollierte: Die Bundesregierung bestimme durch ihre Investitionslisten an die Hohe Kommission weitgehend über die Verteilung der Marshallplangelder und damit auch direkt und indirekt über die Struktur der Investitionen.

Hier hat Weber (1950a), der nun seinen *Freien Sozialismus* des Jahres 1946 zeitgemäßer als *Sozialistische Marktwirtschaft* bezeichnet, ganz andere Vorstellungen: Für ihn ist der Wohnungsbau Hauptaufgabe, und er versäumt nicht, sich dabei „auf die gesamten Ideen des hochbegabten Keynes“ zu berufen, da man damit zugleich die Arbeitslosigkeit beseitigen und dringend benötigten Wohnraum schaffen könne. Wie sehr sich aber bereits Anfang der 50er Jahre der Zeitgeist gewandelt hatte, das zeigt die Tatsache, dass Webers Vorschläge jetzt kaum mehr diskutiert werden und dass auch seine Kritik der real existierenden „Sozialen Marktwirtschaft“ (1950) nur mit einem distanzierenden Vorwort der Redaktion der „Neuen Zeitung“ am 4.1.1950 erscheint.

Alfred Webers Vorschläge zur Neugestaltung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft finden also immer weniger Gehör, und dies mag nicht zuletzt damit zusammenhängen, dass er hierbei, seiner kultursoziologischen Methode folgend, ganzheitliche Entwürfe vorzulegen versucht, die mehrere – politische, wirtschaftliche, erzieherische – Ziele gleichzeitig anstreben; vermutlich hat er damit seine eigenen Vorschläge überfrachtet und zu viel zugleich verlangt. Eng geführte ökonomische Aufbaupläne, die eher auf Kontinuität als auf Ablösung der durch die Nazizeit weitgehend belasteten Eliten, Funktionsträger und Institutionen zielten, erschienen hier aussichtsreicher und wurden auch tatsächlich in der praktischen Politik eingesetzt. So bildeten sich zu Webers Entsetzen die alten staatsautoritären Strukturen der

Vorkriegszeit mit der alten Beamtenschaft wieder heran, obwohl sie jetzt immerhin durch einen demokratischen Verfassungsrahmen kontrolliert wurden.

Einen – allerdings ihm nicht direkt zurechenbaren – Erfolg haben immerhin seine wirtschaftspolitischen Vorschläge nach dem Zweiten Weltkrieg gehabt: Die von Frankreich angestrebte Abtrennung des Ruhrgebietes von Deutschland, gegen die sich Weber (1947) nicht zuletzt auch mit standortökonomischen Argumenten gewendet hatte, wurde dann doch nicht vollzogen, und ganz im Sinne seiner Nachkriegsvorschläge werden hier die verständlichen Befürchtungen der Alliierten, besonders Frankreichs, durch eine 1951 vereinbarte internationale Kontrolle und Zusammenarbeit im Rahmen der Montanunion, der „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ (EGKS), entkräftet. Dass damit indessen eine wichtige Keimzelle der späteren Europäischen Gemeinschaften (EG) gelegt war, hat den greisen Alfred Weber nach dem Zeugnis seiner letzten Schüler eher mit Misstrauen erfüllt, obwohl er doch selbst in der Zwischenkriegszeit für eine europäische Zollunion (Weber 1926) eingetreten war. Aber die 1957 geschlossenen „Römischen Verträge“ zur Bildung der EWG weckten seinen Argwohn, dass es sich hierbei um einen Versuch der katholisch-klerikalen Beherrschung Kontinentaleuropas handeln könnte.¹²

3. *„Neuorientierung in der Sozialpolitik?“ (1913) als „Schlüsselaufsatz“*

Wir haben bei den wirtschafts- und besonders sozialpolitischen Beiträgen Alfred Webers seit 1901 eine zunehmende Tendenz beobachten können, dass er – obwohl der „Jüngeren Historischen Schule“ entstammend – sein anfängliches Eintreten für eine staatliche, zum Teil auch protektive Sozialpolitik mit kriti-

¹²Diese Befürchtung Webers hat mir Heinz Markmann (Heidelberg) mündlich mitgeteilt.

scheren Augen zu sehen beginnt. Das heißt nun keineswegs, dass sich Alfred Weber im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts zu einem „Marktliberalen“ gemausert hätte, der auf die Selbstläufigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung vertraut. Zwar ist Weber – über seine gesamte 60jährige Schaffensperiode hinweg – letztlich von der Stabilität des Kapitalismus und seiner Unvermeidlichkeit ebenso überzeugt wie sein Bruder Max, aber er hat selbst in seinen Arbeiten hinreichend viele „Entwicklungsblockaden“ kennen gelernt, analysiert und Vorschläge zu ihrer Überwindung gemacht, als dass er eine naive manchesterliberale Position einnehmen könnte; erinnert sei nur an seine Berliner Antrittsvorlesung von 1900 (Weber 1901) und an seine Analyse der Entwicklungshemmnisse in den „tropisch-amerikanischen Staaten“ (Weber 1901a), die Beispiele dafür sind, dass er keiner naturgesetzlichen Selbstläufigkeit des kapitalistischen Entwicklungsprozesses das Wort reden wollte. Was aber vor allem in seinen sozialpolitischen Beiträgen immer deutlicher wird, ist seine Furcht vor einer allzu starken und vor allem allzu bürokratischen Integration der Industriearbeiter in die vorhandenen wirtschaftlichen und staatlichen „Apparate“, vor einer allgemeinen „Verbeamtung“ der Arbeiterschaft, die zum einen diese bürokratischen Apparate weiter stärken und zum anderen eben gerade nicht die individuelle Entwicklung der Industriearbeiter befördern, sondern im Ergebnis eher behindern würde. Eine wesentliche Ausnahmestellung nehmen bei dieser geistigen Neuorientierung die Gewerkschaften ein, die er – trotz der von Robert Michels (1912) auch in der Arbeiterbewegung beobachteten Oligarchisierungstendenz („Ehernes Gesetz der Oligarchie“) – nicht nur als notwendiges Gegengewicht zu der Macht des „Kapitals“ und der „Kartelle“ betrachtet, sondern auch als eine eher genossenschaftlich strukturierte Form proletarischer Selbsthilfe begrüßt.

In dem Aufsatz „Neuorientierung in der Sozialpolitik“ lässt Alfred Weber (1913) zunächst den historischen Verlauf, so wie er ihn um 1912 wahrnimmt, Revue passieren: In den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts siedelt er den Kulminationspunkt der kapitalistischen Umgestaltung Deutschlands an, „der ihre Problematik in den Mittelpunkt des nationalen Lebens treten lassen musste[,]“

und [es] haben sich daher in dieser Zeit die Lebensströmungen formiert, die auf die entstehenden Fragen reagierten. Die Problematik, die auftrat, spielte sich nicht ausschließlich ab im Rahmen der Frage der Eingliederung der proletarisierten Menschenmassen in den Kapitalismus oder von dessen Überwindung durch und für diese Proletarierrmassen; sie war begleitet vom Kampf der alttraditionalen mit den neuen kapitalistischen Wirtschaftsformen, und beide Bewegungen schoben sich noch vielfach durcheinander. Aber die ‚Arbeiterfrage‘ ward doch eben damals der Kern des als soziale Frage allgemein gefühlten Tatsachenkomplexes. Und zwar – das ist das wesentliche – zunächst im Sinne einer *materiellen* Daseinsfrage“ (1913, S. 2). Damals, so argumentiert Weber nun, war das physische Überleben der Arbeiterschaft so sehr gefährdet, dass die eigentlich zentrale Frage der „geistigen Existenz der Arbeiterschaft“ (ebd.) zwangsläufig in den Hintergrund getreten war. Auch wenn die Marxisten von der „Emanzipation der Arbeiterklasse“ sprachen und die „dialektisch-evolutive Selbstaufhebung des Kapitalismus“ als ein „letztes großes und *geistiges* Ziel konzipiert“ (ebd.) hatten, war es das *Elend*, „womit man die Massen und auch die Gebildeten *tatsächlich* in Bewegung brachte“ (ebd.).

Weber schreibt dies dem Fehlen eines umfassenden und zugleich funktionsfähigen Gegenentwurfs zum Kapitalismus zu – auch die von ihm begrüßten Genossenschaften und andere ökonomie-immanenten Gegenmittel erschienen ihm als „zweckhaft und notwendig unzulänglich“ (1913, S. 3). Diese Lage führte ihm zufolge dazu, „daß sich bei dem Suchen nach einer großen unerwerbsmäßig aufgebauten Lebensmacht die Blicke aller – von den konservativen bis in die ganz radikalen Reihen hinein – auf den *Staat* hinlenkten; auf ihn nicht nur als das Mittel, Schranken der Ausbeutung zu errichten, sondern als die einzige große schon vorhandene Gegenkraft und Gegenorganisation des Egoismus. Er erschien urplötzlich als etwas, was er in Wahrheit in der Geschichte noch nie gewesen war, als die natürliche, legitime Verkörperung des Gemeinwirtschaftsprinzips“ (1913, S. 3f.). Dieser Staat, der erst mühsam von den Liberalen aus seinen eigenen monopolistischen Erwerbsinteressen „herausgeschält“ worden und dadurch zu einem Rechtsstaat gewor-

den war, „trat in die bengalische Beleuchtung der vielleicht vorerst noch entstellten, aber doch dem Wesen nach vorhandenen und nur verhüllten sozialistischen Gemeinschaftsorganisation der Zukunft. Und Staatssozialisten sind daher alle – die ganze Praxis hat es trotz aller offizieller Ablehnungen seitdem gezeigt –, auch die ganz radikalen demokratischen Sozialisten seit jener Zeit gewesen, sofern sie eine in die sozialistische Zukunft hinausweisende Gegenwartseinwirkung schaffen wollten“ (1913, S. 4). Nach dem von Marx richtig prognostizierten Scheitern der Genossenschaftsidee ergab sich nunmehr „zweierlei: die Staatsinanspruchnahme für die materielle Besserstellung der Arbeiter, ihre gewissermaßen reale Mindesteingliederung in den Kapitalismus, für die man dann auch gleichzeitig die voluntaristischen Kräfte in Bewegung setzte“ und als „zweites großes ideologisches Mittel, ganz von Zukunftshoffnungen und Perspektiven vollgesogen, [...] die *Verstaatlichung*“.

An dieser Stelle markiert Weber, obwohl er sich äußerlich der historisch-empirischen Argumentation der „Jüngeren Historischen Schule“ wieder zu nähern scheint, eine klare Differenz zum „ethische[n] Kathedersozialismus Schmollers“, der genau dasselbe getan habe, nämlich diese beiden Entwicklungslinien (in heutiger Sprache: den Sozialstaat und die Verstaatlichung) „mit den realen Machtfaktoren der bestehenden Staaten, vor allem des preußischen, praktisch zu verbinden und an deren Interessen [zu] adaptier[en]“ (ebd., S. 4). Ergebnis dieser Entwicklung war, Weber zufolge, die immer stärkere Einbeziehung des Staates als einer der größten, wenn nicht gar der größte „Erwerbswirtschaftler der kapitalistischen Gesellschaft selbst [...], in ihre Auf- und Abbewegungen eng verstrickt, mit ihrem Wohl und Weh verflochten, vom guten Willen ihrer Großgebilde durch die Fülle der wechselseitigen Beziehungen stark abhängig – das Gegenteil einer mit einem antikapitalistischen Prinzip in die Zukunft weisenden Formation, vielmehr nur ein mit besonderen Rechten und Pflichten ausgestattetes Teilglied der kapitalistischen Welt!“ (ebd.).

Auch die marxistische Zukunftshoffnung einer revolutionären Abschaffung des Staates hält Weber für gescheitert, vor allem deswegen, weil der Kapitalismus nicht „jene eine, alles ver-

schlingende Klasse Marxens“ geschaffen hat, „die alsdann den fremden, ihr gegenüberstehenden Staat in sich hineinziehen könnte [...] Er schafft aber, wie wir heute wissen, auf der Basis dieser seinen Klasse einen komplizierten immer breiter werdenden Aufbau anderer [...] Er läßt daher, wie wir voraussehen können, die Vielheit der Klassen und demnach den Staat als Organisation von vielen Klassen über vielen Klassen bestehen“ (1913, S. 6). Das hat aber weitere, aus Webers obrigkeitskritischer Perspektive heraus besonders bedrohliche Konsequenzen: „Weiter: da der Staat immer die Zusammenfassung vieler und gegeneinander stehender Klassen sein wird, ihre Zwangszusammenfassung unter dem Prinzip der Obrigkeit, so wird er auch niemals jener Herrschaftselemente und Autoritätsgedanken, die in ihm jetzt so lebendig sind, ganz ledig sein. Er braucht sie ja, um diese Klassengegensätze irgendwie von oben her zu überbrücken“ (ebd., S. 7). Autorität als zentrales staatliches Organisationselement wird so auch in der Wirtschaft verfestigt werden: „Immer wird auch die Erhaltung dieser Autorität, mag sie nun demokratische oder aristokratische, monarchische oder bürokratische sein, ganz allgemein als unvermeidbare Notwendigkeit erscheinen. Und wie man die in diesen Gegenwarts- und Zukunftsstaat gezogenen Wirtschaftselemente ein für allemal der sozialistischen Formung wegnimmt, so wird man ihre Menschenmassen nicht nur von jener Arbeitsemanzipation abschneiden, die diese Formung bieten soll, man wird sie auch der Annäherung an *jene* Emanzipation entziehen, die im unsozialistischen Arbeitsverhältnis immerhin möglich ist. Man wird sie in bezug auf ihre Freiheit *dauernd* schlechter stellen als die Arbeiter der privaten Sphäre“ (ebd.). Der Vorzug des Staates und sozialisierter Unternehmen, „die Arbeitskraft zu besseren Minimalbedingungen und gleichzeitig gesicherter und fester einzustellen, [...] hebt sich heute nicht mehr ab von einem der Verelendung verdächtigen Kapitalismus mit schrankenlosen Ausbeutungsmöglichkeiten, vielmehr von einem solchen, der in die Gewährung von Lebensminimalbedingungen eingespannt ist und ganz entschieden auch von sich aus die Tendenz der Massenerhebung hat“ (ebd. S. 7f.).

Dass durch Sozialisierung „öffentliche Gewinneinstreichung“ anstelle privater Profitaneignung möglich wird, ist abzuwägen gegen die „geistig kulturellen Bedenken der Verstaatlichung. Sich generell über diese Bedenken hinwegsetzen und prinzipiell und allgemein staatssozialistisch sein, heißt aber heute Sozialpolitik nicht mehr als Freisetzung der Massen, sondern als Politik der Staatsraison betreiben“ (ebd. S. 8). Kurz und gut: Weber hält die früher vordringlichen materiellen Ziele der Arbeiterbewegung im Grundsatz für gewährleistet und konstatiert nunmehr: „Das Problem der materiellen Existenz, die Beseitigung des Elends und der rohen Ausbeutung war das, was die 50jährige Periode seit 1860 in Wahrheit in Bewegung setzte und erfüllte. Sie hat die geistigen Fragen, den noch größeren Inhalt der psychischen Emanzipation der Klasse dabei zum Teil vernachlässigt – zum Teil in trügerischer Zukunftshoffnung durch den wachsenden Staatssozialismus direkt gefährdet“ (ebd.). Natürlich sieht Alfred Weber materielle Notlagen, aber nicht mehr als grundsätzliches Problem. Demgegenüber hält er fest: „Was nicht nur tatsächlich, sondern auch *prinzipiell* unfertig dasteht, weil es von der abgelaufenen Periode vernachlässigt wurde, sind die Probleme der zweiten, der geistigen Linie, die Fragen der psychischen und kulturellen Emanzipation der Arbeiterklasse bei ihrer Arbeit [...] Auf der geistigen Linie aber liegt noch der ganze lange Weg vor allen. Hier ist das Minimum noch nicht errungen, es sind noch nicht einmal die Mittel dazu deutlich sichtbar“ (ebd., S. 9). Alfred Weber setzt hier Hoffnung auf die Gewerkschaften, nicht nur als „das große Mittel für die *materielle* Besserstellung“, sondern auch als das Mittel, „das den Arbeitern im Kapitalismus wirklich ‚Bürgerrecht‘ – Naumann hat dieses Wort treffend geprägt – verschafft, zum Mittel also auch ihrer geistigen Emanzipation, soweit sie im Kapitalismus möglich ist“ (ebd.). Wie dies nun aber vor sich gehen soll, „wissen wir noch nicht“.

Alfred Weber zieht daraus die Folgerung: „So rückt also schon die soziale Problematik der *Arbeiterklasse* in die *geistige* Linie“ (ebd.). Auch für die Arbeiterklasse „entsteht die Frage ihrer Emanzipation aus der verschlingenden Kraft der großen Apparate“ (1913, S. 10). Damit ergibt sich für Weber als „Zentralproblem“ der Arbeiterklasse „die Art ihrer *geistigen* Eingliederung“.

nung, ihrer Persönlichkeits- und Freiheitsrettung vor den Mechanismen bei Aufrechterhaltung der für deren Funktionieren notwendigen Disziplin. Und so entsteht aus Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenemanzipationsproblemen die *heutige* soziale Frage als die Frage der Rettung der Persönlichkeit vor Absorption im Apparat“ (ebd.). Was also Alfred Weber so sehr perhorresziert, dass er es förmlich zur „neuen sozialen Frage“ hinaufstilisiert, ist das, was sein Bruder Max Weber als das „Zwangsgehäuse des Kapitalismus“ bezeichnet hat: Da es keine gangbaren Alternativen zum Kapitalismus gibt – er gewährleistet zudem im Regelfall auch ein materielles Minimum für die Arbeiter –, wird die ihm immanente Tendenz zum „Apparat“ und die daraus hervorgehende Gefahr für menschliche Freiheit und individuelle Entwicklung, gerade auch in der Arbeiterschaft, zum zentralen Problem einer neuen Sozialpolitik. Gesellschaftliche Utopien, wie in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts, sind zwecklos geworden: „Wir stehen nicht mehr vor der tabula rasa der wirtschaftlichen Formationen wie jene Zeiten, sondern in ganz bestimmten in ihrem Wesen scharf umrissenen nahezu unverrückbaren Gestaltungen. Von diesen steht keine in sich fester da als der Kapitalismus. Wir können nicht auf seine dialektische Selbstaufhebung oder seinen anderweitigen völligen Ersatz durch neue Formen spekulieren, wie die 60er Jahre, sondern nur noch auf eine Kräftigung und Erweiterung von solchen Formationen neben ihm und in ihm“ (1913, S. 10) – gemeint sind damit natürlich die Gewerkschafts- und die Genossenschaftsbewegung.

Weber zeigt hier eine auf die 50jährigen Erfahrungen seit 1860 gegründete und durch die späteren historischen Geschehnisse, vor allem in der Sowjetunion und dem Ostblock, nachhaltig bestätigte Skepsis gegenüber einfachen institutionellen Veränderungen: „Wir wissen, jede Organisationsveränderung als solche schafft an sich nur materielle Existenzverschiebungen, ein anderes Gleichgewicht der Kräfte, in der Wirtschaft eine andere Verteilung; sie lässt aber, wenn es sich um die Bewältigung der heutigen Großaufgaben, um die Überspannung und Beherrschung großer Lebensmassen, ihre rationale Einheitsformation handelt, einen bestimmten hierarchischen Aufbau und eine in-

nere Herrschaftsgliederung unverrückt bestehen. Wir, denen es an den psychischen Fragen liegt, werden einfach diejenigen Formationen, das Nebeneinanderstehen und Kämpfen derjenigen Organisationsgestalten wählen, bei deren Existenz und Kampf der hierarchische und bürokratische Aufbau noch das größte Maß von psychischer Lebendigkeit entbindet, das größte Maß von Selbstbestimmung jedes Einzelnen fordert und die kleinste Summe toter Herrschaftsformen in sich trägt“ (1913, S. 11). Die Konsequenzen sind deutlich: Die von Weber geforderte „neue Einstellung zu den allgemeinen *Organisationsproblemen* [...] wird den Staatssozialismus als generelles positives Ideal nicht mehr in sich enthalten [...] Sie wird das Gebiet des nicht in Staatskristallisation gebrachten Wirtschaftslebens so groß als möglich halten, weil sie in ihm das Feld des Kampfes der anderen Organisationsgestalten, das Feld des möglichen Vordringens der wenigst bürokratischen, das Evolutionsgebiet, in dem noch Zukunftshoffnung liegt, und gleichzeitig den Tummelplatz erkennt, in dem die verschiedenen Herrschaftsformen durch das hier nötige Rekurrenieren auf die spontane Mitarbeit, die psychische Opferfähigkeit und Anpassungsfähigkeit der Eingegliederten noch das größte Maß von allgemeiner Mitbestimmung und Lebendigkeit der Menschen auslösen“ (ebd., S. 11f.).

Demzufolge spricht sich Weber für eine „Phalanx“ aus, in der sich radikaler Syndikalismus, Revisionismus und „sozialreformerischer“ Liberalismus zusammentun, um „ein wirklich einheitliches neues *sozialpolitisches* Programm zu entwickeln“. Diese „Phalanx“ soll gemeinsam alles stützen, „was die Persönlichkeit im Leben freisetzt von der Berufsherrschaft. Sie wird das nicht nur für die Arbeiter verlangen, sondern, was die eigentlichste Aufgabe heut ist, auch für die Beamten. Ihr wird gemeinsam sein, daß sie den Einfluß des einzelnen auf sein Berufschicksal im Apparat zu stärken sucht. Sie wird das für die Arbeiter und für den ‚freien‘ Wirtschaftskörper durch die Unterstützung aller demokratischen Formen des Arbeitsrechts und durch die Förderung aller noch möglichen innerdemokratischen Gliederung der verschiedenartigen Organisationen, auch der Arbeiterorganisation selbst, gegenüber deren inneren bürokratischen und autokratischen Tendenzen tun“ (ebd., S. 12).

Was Weber also im Kern will, ist ein funktionsverträglicher Abbau von Herrschaft, vor allem im Arbeitsprozess, und zwar sowohl in der Privatwirtschaft wie im öffentlichen Bereich: An die Stelle von Willkür, etwa bei Anstellung, Versetzung und Beförderung sollen Kontrollmöglichkeiten, z.B. „durch Einführung eines Mitbestimmungsrechts“ treten. Die hier vorgeschlagene „Phalanx“ soll die „Persönlichkeitspostulate“ in die „engeren Gewaltverhältnisse“, vor allem auch bei der Arbeit der Beamten, hereintragen und „angesichts des modernen riesenhaften Wachstums der Verbeamtung und der geistigen Bedeutung der in Betracht kommenden Bevölkerungsschichten“ soll sie hierin „eine ihrer wichtigsten Kulturaufgaben haben. Dieser neuen sozialpolitischen Phalanx wird überhaupt gemeinsam sein, daß sie das Berufsschicksal, dasjenige des Arbeiters sowohl wie des Beamten, endlich einmal nicht mehr bloß in seinen materiellen Bedingungen, sondern in seinen geistigen Totalitäten, seiner inneren Lebensbedeutung fühlt und würdigt, daß sie es als das Gebiet begreift, in dem sich die Kurve des regulären Menschenschicksals nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich zur einen Hälfte abspielt, als das Gebiet, auf dem die andere Hälfte dieses Schicksals, das Familie, privates und öffentliches Leben umschließt, auch geistig ruht, in das sich die Hälfte, ja noch mehr als die Hälfte der Kräfte dieses Schicksals zu entladen sucht, und das demnach im Ablauf und der Zusammensetzung seiner Elemente so zu gestalten ist, daß es das Ausstrahlen der Kräfte in sich und jene Unterlageposition zuläßt, die es nach Ablauf und Inhalt für das sonstige Leben haben soll“ (1913, S. 13).

Das alte sozialistische Hoffen auf den „Zukunftsstaat“ ebenso wie die sozialpolitische Staatsgläubigkeit der Jüngerer Historischen Schule werden mithin von Alfred Weber in diesem programmatischen Artikel gleichermaßen verworfen. Wenn er auch in der Darstellung der positiven Alternativen auf dem Weg zu mehr Lebendigkeit, Freiheit und Persönlichkeit merkwürdig blass bleibt, so ist doch seine Warnung vor einem naiven Staatssozialismus auf der einen und einem bloß verwaltenden Wohlfahrtsstaat auf der anderen Seite durch die Ereignisse der folgenden acht Jahrzehnte eindrucksvoll bestätigt worden. Hier hat Alfred

Weber visionäre Einsichten gezeigt, die vielen seiner Zeitgenossen abgingen.

Zugleich aber zeigt sich auch das Begrenzte seiner Vorgehensweise: Er ist aufgrund seiner geradezu luziden Perzeption sozialer Strukturen durchaus in der Lage, auf Gefährdungen hinzuweisen und vor Fehlentwicklungen zu warnen. Was ihm indes fehlt, ist die hinreichend konkrete Entwicklung von Alternativen – ein Mangel, der sich auch in seinen Schriften nach dem Zweiten Weltkrieg zeigt. Weber sieht zwar die Gefahren von Institutionen und auch die begrenzten Möglichkeiten funktionsfähiger institutioneller Umgestaltungen, aber er ist meist nicht in der Lage, selbst hinreichend konkrete institutionelle Änderungen vorzuschlagen. Ihm – wie vielen seiner Zeitgenossen, vor allem im deutschen Sprachraum – fehlt es an einer ausreichend differenzierten „Institutionenökonomik“. Was aber noch mehr fehlt, ist die Fähigkeit des gelernten Nationalökonomen, der sich nun zum Kulturphilosophen wandelt, das „Seelische“, „Geistige“, „Existentielle“, „Fluidale“ der menschlichen Existenz, gerade auch des Industriearbeiters, auch nur einigermaßen konkret zu beschreiben.

In der zweiten Lebenshälfte – sie beginnt nicht zufällig mit dem hier diskutierten Artikel – wird sich Alfred Weber zwar der Lösung solcher Fragen im Rahmen einer universalhistorischen und lebensphilosophisch konzipierten Kulturosoziologie zuwenden, aber er wird – soweit ich das als Nationalökonom zu beurteilen vermag – in diesem Bereich auch wieder mehr interessante Fragen aufwerfen, als er auch nur ansatzweise zu lösen imstande sein wird. Bemerkenswert ist aber die doppelte Abwendung, die er in seinem wirtschafts- und sozialpolitischen Denken von Gustav (von) Schmoller und der Jüngeren Historischen Schule vollzogen hat: Zunächst erfolgt sie *methodisch* als Hinwendung zu einer abstrakt-mathematisch aufgebauten generalen Standorttheorie nach dem Vorbild der Wiener Grenznutzenschule. Aber auch diese Hinwendung zur formalen Theorie kann ihn nicht befriedigen. So wendet er sich auch seit etwa 1908 von dieser Denkrichtung ab und sucht nun die Lösung im „Geistigen“. So allgemein diese Neuorientierung ist, und so unvollkommen es Alfred Weber auch nur gelingt, die Konsequenzen

dieser Neuorientierung für sein wirtschafts- und sozialpolitisches Denken fruchtbar und vor allem konkret zu machen, er vollzieht damit doch auch eine *inhaltliche* Abwendung von der recht naiven Staatsgläubigkeit bei Gustav (von) Schmoller und der Mehrzahl der Kathedersozialisten.¹³

Nachdem sich Alfred Weber mit seiner Standortlehre zunächst von der Methodologie der Historischen Schule abgewandt hat, scheint er sich ihr, jedenfalls äußerlich, mit seinen in der Regel stärker empirisch und historisch ausgerichteten Betrachtungen seit etwa 1910 wieder zu nähern; allerdings fließen damit kultur- und lebensphilosophische Fragestellungen in seine Überlegungen ein, die weit über das hinausgehen, was die Jüngere Historische Schule mit ihren meist eher äußerlichen Überlegungen zu einer „Ethik des Wirtschaftens“ unternimmt – und dieses Unterfangen hatte Max Weber (1904) schon unter dem Gesichtspunkt der Wertfreiheit der Sozialwissenschaften überzeugend kritisiert. Wichtiger ist aber die nunmehr endgültig vollzogene inhaltliche Abwendung von einer insgesamt doch recht naiven Staatsgläubigkeit vieler „Kathedersozialisten“ in der Sozialpolitik. Und so könnte man sagen: In dem Unvermögen Alfred Webers, die von ihm seit 1908 so in den Vordergrund gerückte „geistige Existenz“ des Menschen, speziell des Industriearbeiters, näher zu beschreiben, zeigt sich auch das zentrale Problem eines Gelehrten, der aus guten Gründen seine Fachwissenschaft verlässt und disziplinäre Begrenzungen überwindet. Diese Entgrenzung hat aber auch ihren Preis, den Alfred Weber *nolens volens* entrichtet: dass nun bei ihm an die Stelle der begrenzten und daher manchmal irrelevanten fachwissenschaftlichen Analyse zunehmend die umfassende, ja ganzheitliche Schau des Visionärs tritt. Diese Vision, das hat Alfred Weber (1955, bes. S. 108) selbst schon richtig bei Marx¹⁴ kritisiert, kann aber allenfalls Ausgangs-

¹³ Eine bemerkenswerte Ausnahme, auf die Alfred Weber (1913, S. 8) auch selbst verweist, ist hier Lujo Brentano.

¹⁴ „Und diese Vorstellung ist die Grundlage geworden mindestens zu dem Grundproblem, das im Kern genommen durch seine Annahmen geschaffen war, und dem Marx fast den ganzen letzten Band des Kapitals geschenkt hat. Nämlich: wie sich der aus der individuellen Produktivitätsvermehrung ganz diffus erwachsene Mehrwert zu der anerkannt vorliegenden Tendenz der ge-

nicht aber Endpunkt einer realitätsgerechten Behandlung wirtschafts- und sozialpolitischer Fragestellungen sein.

nerellen Durchschnittsprofitrate verhalte, die zudem sinkenden Trend zu besitzen schien [...] Wichtig ist: unmittelbar aus der Mehrwertvorstellung und deren angeblicher Dynamik folgen die großen und so folgenschweren Irrtümer der gesamten Evolutionsanalyse, die Irrtümer nämlich, die gleichzeitig verfilzt sind mit der gesamten Zukunftsprognose und der Art, in der jedenfalls Marx den Übergang zum sozialistischen Endkommunismus nur sehen kann.“

LITERATUR

1. Beiträge von Alfred Weber:

- Weber, Alfred (1897): *Hausindustrielle Gesetzgebung und Sweating-System in der Konfektionsindustrie*. Leipzig: Duncker & Humblot; wieder abgedruckt in: AWG 5, S. 25-58.
- Weber, Alfred (1897a): „Das Sweatingsystem in der Konfektion und die Vorschläge der Kommission für Arbeiterstatistik“, in: *Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik*, Band 10, (1897), S. 493-518; wieder abgedruckt in: AWG 5, S. 59-83.
- Weber, Alfred (1897b): „Neuere Schriften über die Konfektionsindustrie“, in: *Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik*, Band 11 (1897), S. 527-540; wieder abgedruckt in: AWG 5, S. 83-96.
- Weber, Alfred (1897c): „Die Entwicklung der deutschen Arbeiterschutzgesetzgebung seit 1890“, in: [*Schmollers*] *Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich*, Band 21 (1897), S. 1145-1194; wieder abgedruckt in: AWG 5, S. 97-140.
- Weber, Alfred (1898): „Erwiderung [auf Franz Hinze]“, in: [*Schmollers*] *Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich*, Band 22 (1898), S. 735-739; wieder abgedruckt in: AWG 5, S. 141-145.
- Weber, Alfred (1899): „Die Entwicklungsgrundlagen der großstädtischen Frauenhausindustrie“, in: *Hausindustrie und Heimarbeit in Deutschland und Österreich*, Band 2: *Die Hausindustrie der Frauen in Berlin* (Schriften des Vereins für Socialpolitik, Band 82). Leipzig: Duncker & Humblot, S. XIII-LX; wieder abgedruckt in AWG 5, S. 175-222.
- Weber, Alfred (1900): „Die Hausindustrie und ihre gesetzliche Regelung“ [Referat und Schlußwort], in: *Verhandlungen der 1899 in Breslau abgehaltenen Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik* (Schriften des Vereins für Socialpolitik, Band 88). Leipzig: Duncker & Humblot, S. 12-35; 92f.

- Weber, Alfred (1901): „Die volkswirtschaftliche Aufgabe der Hausindustrie“, in: [Schmollers] *Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich*, Band 25 (1901), S. 383-405; wieder abgedruckt in: AWG 5, S. 246-266.
- Weber, Alfred (1901a): „Zur wirtschaftlichen Lage in den tropisch-amerikanischen Staaten“, in: [Schmollers] *Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich*, Band 25 (1901), S. 211-237; wieder abgedruckt in: AWG 5, S. 267-291.
- Weber, Alfred (1902): [„Diskussionsbeitrag in der Debatte über:] Wirkung der gegenwärtigen und Ziele der künftigen Handelspolitik, insbesondere in socialpolitischer Beziehung“, in: *Verhandlungen der Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik*, München 24.9.1901 (Schriften des Vereins für Socialpolitik, Band 98). Leipzig: Duncker & Humblot, S. 290-294; wieder abgedruckt in: AWG 5, S. 310-314.
- Weber, Alfred (1902a): *Die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen Deutschlands und Österreichs* (Flugschriften des Politischen Aufklärungsvereines, Nr. 2). Wien: Verlag Stern; wieder abgedruckt in: AWG 5, S. 292-309.
- Weber, Alfred (1902b): „Die Arbeitslosigkeit und die Krisen“, in: *Die Frau*, Band 9 (1902), S. 449-454 und 548-554; wieder abgedruckt in: AWG 5, S. 319-334.
- Weber, Alfred (1903): „Forderungen der Kartellpolitik“ sowie „Die Kartellfrage“, in: *Protokoll über die Verhandlungen des Nationalsozialen Vereins zu Hannover vom 2. bis 5.10.1902*, Berlin-Schöneberg, S. 13f.; 54-71; 86; wieder abgedruckt in: AWG 5, S. 360-382.
- Weber, Alfred (1904): „Deutschland und der wirtschaftliche Imperialismus“, in: *Preußische Jahrbücher*, Band 116 (1904), S. 298-324; wieder abgedruckt in: AWG 5, S. 382-406.
- Weber, Alfred (1904a): [Diskussionsbeitrag in der Debatte über:] Die Störungen im deutschen Wirtschaftsleben während der Jahre 1900 ff., in: *Verhandlungen der Generalversammlung*

- des Vereins für Socialpolitik in Hamburg, 14. bis 16.9.1903 (Schriften des Vereins für Socialpolitik, Band 113). Leipzig: Duncker & Humblot, S. 266-273; wieder abgedruckt in: AWG 5, S. 407-413.
- Weber, Alfred (1906): [Diskussionsbeitrag in der Debatte über:] Das Verhältnis der Kartelle zum Staat, in: *Verhandlungen der Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik* in Mannheim, 25. bis 28.9.1905 (Schriften des Vereins für Socialpolitik, Band 116). Leipzig: Duncker & Humblot, S. 354-360; wieder abgedruckt in AWG 5, S. 414-420.
- Weber, Alfred (1909): „Agrarier und Reichsfinanzreform“, Bericht der *Vossischen Zeitung* Nr. 262 vom 11.6.1909 [mit wörtlichen Zitaten]; wieder abgedruckt in: AWG 5, S. 421-424.
- Weber, Alfred (1909): *Ueber den Standort der Industrien*. Erster Teil: *Reine Theorie des Standorts*. Tübingen: J.C.B. Mohr, 2. Aufl. 1922; wieder abgedruckt in: AWG 6, S. 29-265.
- Weber, Alfred (1910): „Der Beamte“, in: *Die neue Rundschau* (S. Fischer), Oktober 1910, S. 1321-1339; wieder abgedruckt in: AWG 8, S. 98-117.
- Weber, Alfred (1910a): Vorwort [gemeinsam mit Heinrich Herkner und Gustav Schmoller] zu Marie Bernays: *Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft der geschlossenen Großindustrie*. Dargestellt an den Verhältnissen der „Gladbacher Spinnerei und Weberei“ A.G. zu München-Gladbach im Rheinland (Schriften des Vereins für Socialpolitik, Band 133). Leipzig: Duncker & Humblot, S. VII-XV; wieder abgedruckt in: AWG 5, S. 437-443.
- Weber, Alfred (1911): „Die Standortslehre und die Handelspolitik“, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, Band 32 (1911) S. 667-688; wieder abgedruckt in: AWG 6, S. 267-285.
- Weber, Alfred (1911/12): *Kulturprobleme im Zeitalter des Kapitalismus*. Manuskript, Heidelberg: Alfred-Weber-Institut; wieder abgedruckt in: AWG 8, S. 263-314.

- Weber, Alfred (1912): [Diskussionsbeiträge in der Debatte über:] Die wirtschaftlichen Unternehmungen der Gemeinden, in: *Verhandlungen der Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik in Wien, 27.-29.9.1909* (Schriften des Vereins für Socialpolitik, Band 132). Leipzig: Duncker & Humblot, S. 238-248; 309-312; 621-623; wieder abgedruckt in: AWG 5, S. 425-436.
- Alfred Weber (1912a): *Religion und Kultur*. Jena: Eugen Diederichs Verlag.
- Weber, Alfred (1913): „Neuorientierung in der Sozialpolitik?“, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, Band 36 (1913), S. 1-13; wieder abgedruckt in: AWG 5, S. 475-485.
- Weber, Alfred (1914): „Industrielle Standortslehre (Allgemeine und kapitalistische Theorie des Standortes)“, in: E. Gothein u.a. (Hg.): *Grundriss der Sozialökonomik*. Abt. VI: Industrie, Bergwesen, Bauwesen. Tübingen: J.C.B. Mohr, S. 54-82. – 2. neubearb. Aufl.: Tübingen: J.C.B. Mohr 1923, S. 58-86; wieder abgedruckt in: AWG 6, S. 287-328.
- Weber, Alfred (1918): „Das Reich und die Besteuerung der hohen Einkommen“, in: *Deutsche Politik*, Band 3 (1918), H. 22 vom 31.5.1918, S. 680-684; wieder abgedruckt in: AWG 5, S. 508-512.
- Weber, Alfred (1918a): „Besteuerung der hohen Einkommen?“, in: *Der Tag*, Berlin 1918, Nr. 111 vom 14.5.1918; wieder abgedruckt in: AWG 5, S. 504-507.
- Weber, Alfred (1922): „Deutschlands finanzielle Leistungsfähigkeit jetzt und künftig“, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, Band 49 (1922), S. 265-297; wieder abgedruckt in: AWG 5, S. 518-545.
- Weber, Alfred (1922a): Zuschrift von Prof. Alfred Weber zur weiteren Beratung der Reparationsfrage. Eine Devisenkontribution, in: *Verhandlungen der Sozialisierungs-Kommission über die Reparationsfragen*, Band 2 (Devisenbeschaffung und Steuerprogramm). Berlin 1922, S. 30-32; wieder abgedruckt in: AWG 5, S. 515-517.

- Weber, Alfred (1927): „Produktion, Handel und Konsum im deutschen Wirtschaftsleben“, in: *Deutsche Allgemeine Zeitung*, Nr. 525 vom 9.11.1927; wieder abgedruckt in: AWG 5, S. 546-550.
- Weber, Alfred (1929): [Diskussionsbeitrag in der Debatte über:] Wandlungen des Kapitalismus, in: *Verhandlungen des Vereins für Socialpolitik* in Zürich, 13. bis 15.9.1928 (Schriften des Vereins für Socialpolitik, Band 175). München und Leipzig: Duncker & Humblot, S. 89-92; wieder abgedruckt in: AWG 5, S. 551-554.
- Weber, Alfred (1930): [gemeinsam mit Götz Briefs, Christian Eggert und Heinrich Herkner]: „Examensfragen an Hitler“, in: *Vossische Zeitung*, Nr. 532 vom 10.11.1930; wieder abgedruckt in: AWG 5, S. 555f.
- Weber, Alfred (1931): „Wirtschaftsfreiheit und Kapitalpolitik“, in: Bernhard Harms (Hg.): *Kapital und Kapitalismus*, Berlin: Reimar Hobbing, S. 423-434; wieder abgedruckt in: AWG 5, S. 557-570.
- Weber, Alfred (1945/46): „Bürokratie und Freiheit“, in: *Die Wandlung*, I, Heidelberg, S. 1033-1048; wieder abgedruckt in: AWG 8, S. 488-501.
- Mitscherlich, Alexander/Weber, Alfred (1946): *Freier Sozialismus*. Heidelberg: Verlag Lambert Schneider; Teilabdruck in: AWG 9, S. 17-69.
- Weber, Alfred (1947): *Sozialisierung zugleich als Friedenssicherung*. Heidelberg: Verlag Lambert Schneider; wieder abgedruckt in: AWG 9, S. 436-448.
- Weber, Alfred (1949): „Kann Wissenschaft uns retten?“, in: *Die Welt*, Nr. 142 vom 15.9.1945; wieder abgedruckt in: AWG 8, S. 523f.
- Weber, Alfred (1950): „Soziale Marktwirtschaft“, in: *Die Neue Zeitung*, Nr. 3 vom 4.11.1950; wieder abgedruckt in: AWG 9, S. 534-538.

Weber, Alfred (1950a): „Sozialistische Marktwirtschaft“, in: *Das Sozialistische Jahrhundert*, 4 (1950), S. 3-15, wieder abgedruckt in: AWG 9, S. 539-552.

2. Andere Autoren

Boese, Franz (1939): *Geschichte des Vereins für Sozialpolitik 1872-1932* (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Band 188). Berlin: Duncker & Humblot.

Borkiewicz, Ladislaus von (1910): „Eine geometrische Fundierung der Lehre vom Standort der Industrien“, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, Band 30 (1910), S. 759-785.

Demm, Eberhard (1990): *Ein Liberaler in Kaiserreich und Republik*. Der politische Weg Alfred Webers bis 1920 (Schriften des Bundesarchivs 38). Boppard: Harald Boldt Verlag.

Demm, Eberhard (1999): *Von der Weimarer Republik zur Bundesrepublik*. Der politische Weg Alfred Webers 1920-1958 (Schriften des Bundesarchivs 51). Düsseldorf: Droste Verlag.

Launhardt, Wilhelm (1882): „Die Bestimmung des zweckmäßigsten Standorts einer gewerblichen Anlage“, in: *Zeitschrift des Vereins Deutscher Ingenieure*, Band 26 (1882) Heft 3.

Launhardt, Wilhelm (1887): *Theorie des Trassierens*. Heft I. Hannover.

Mitscherlich/Weber (1946) siehe unter 1. Beiträge von Alfred Weber.

Michels, Robert (1925): *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie*. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens. 2. Aufl. Leipzig: Kröner.

Naphthali, Fritz (1928): *Wirtschaftsdemokratie*. Ihr Wesen, Weg und Ziel. Neudruck Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt 1966.

- Schlier, Otto (1922): *Der deutsche Industriekörper seit 1860* [von Alfred Weber als Heft 1 der Reihe Ueber den Standort der Industrien, Teil 2, herausgegeben und mit einem Vorwort versehen], Tübingen: J.C.B. Mohr.
- Schluchter, Wolfgang (1995): „Max Weber und Alfred Weber. Zwei Wege von der Nationalökonomie zur Kultursoziologie“, in: Hans G. Nutzinger (Hg.): *Zwischen Nationalökonomie und Universalgeschichte*. Alfred Webers Entwurf einer umfassenden Sozialwissenschaft in heutiger Sicht, Marburg: Metropolis Verlag, S. 199-219.
- Schumpeter, Joseph A. (1946/1950): *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. Bern: Francke/Tübingen: Francke. Am. Orig.: *Capitalism, Socialism and Democracy*. New York: Harper & Brothers 1942.
- Schumpeter, Joseph A. (2000): *Briefe/Letters*. Hgg. v. Ulrich Hedtke und Richard Swedberg. Tübingen: J.C.B. Mohr .
- Vasoldt, Franz (1937): *Die Webersche Standortstheorie der Industrien im Lichte ihrer Kritiken*. Berlin: Verlag Dr. Emil Ebering.
- Weber, Max (1904): „Die ‚Objektivität‘ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis“, wieder abgedruckt in: ders.: *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, hg. v. Johannes Winckelmann. Tübingen: J.C.B. Mohr 1922, 7. Aufl. 1988, S. 146-214.
- Wehler, Hans-Ulrich (2000): *Umbruch und Kontinuität*. Essays zum 20. Jahrhundert. München.

AWG Alfred-Weber-Gesamtausgabe, Marburg: Metropolis Verlag 1997ff.

MWG Max-Weber-Gesamtausgabe, Tübingen: J.C.B. Mohr 1984ff.